

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tageblatt Riesa.  
Nummer Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststelle: Dresden 1530  
Girofaz Riesa Nr. 52.

Nr. 45.

Mittwoch, 22. Februar 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verlagspreis, gegen Vorabstzung, monatlich 11.— wert einschließlich Fringerlohn. Einzelnummer 50 Pf. Ausgaben für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Beschr. für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 am Monat, 3 zum Jahr Grundschiffzettel (7 Silber) 2,50 Mark; zehntausender und tausendlicher Satz 50%, Aufschlag, Nachschlagungs- und Vermittelungsgeldz. 1 R. Jede Laut. Beurkundeter Rabatt nichtl. wenn der Betrag versch. durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Rechnungs- und Erklärungsbüro: Riesa. Rechtige Unterzeichnungsbüro: "Trio-Amt an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riesaerischen oder der Schreibmaschinenanstaltungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Reaktionen und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Schriftstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigenleitung: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Auf Blatt 624 hierigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Emma Gold in Gröba und als deren Inhaber Emma verehel. Gold geb. Schreiber in Gröba. Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Delikatessen, Landesprodukten, Schokoladen- und Tabak-Waren.

Amtsgericht Riesa, den 16. Februar 1922.

Auf Blatt 625 hierigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Richard Thomas in Riesa und als deren Inhaber der Kaufmann Paul Richard Thomas in Riesa. Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Landesprodukten.

Amtsgericht Riesa, den 18. Februar 1922.

## Vertliches und Sächsisches.

Riesa, den 22. Februar 1922.

\* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 8 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlten die Herren Stadtvor. Richter und Schinkel. Als Vertreter des Rates waren Herr Bürgermeister Dr. Scheider und Herr Stadtrat Gutauer anwesend; außerdem war Herr Stadtverordneten Quetschmaier anwesend. Der Zuhörerraum war nur schwach besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Günther.

1. Die Leitung der Knabenrealschule hat die Errichtung einer neuen ständigen Lehrerstelle beantragt, da an der Knabenrealschule die Nebenklassen durchgeführt werden müssen. Obwohl infolge der geringen Anmeldung von Kindern für nächste Ostern an sich eine Lehrkraft frei wird, batte der Schulausschuss doch beschlossen, dem Antrage stattzugeben, der Rat dagegen batte ihn abgelehnt. Von der Leitung der Knabenrealschule hierauf erneut vorgenommene Feststellungen haben ergaben, daß trotz der freiwerdenden Lehrkraft die Errichtung der neuen ständigen Stelle doch notwendig ist. Der Rat hat darauf seinen ablehnenden Beschluss aufgehoben und der Errichtung der neuen ständigen Stelle zugestimmt. Das Kollegium beschloß in gleichem Sinne.

2. Zu der Frage des Anschlusses an das Ferngaswerk Leisnig führte der Berichterstatter, Herr Stadtvor. Schneider (Soz.) aus, daß diese Angelegenheit das Kollegium schon seit Jahren beschäftigte. Die von den Stadtverordneten zu treffende Entscheidung sei insoweit von weittragender Bedeutung, als es sich um die Sicherstellung der Gasversorgung handle und ferner darum, die Interessen der Stadt zu wahren. Herr Gaswerksdirektor Junge habe im Jahre 1916 in einem Gutachten die Erweiterung des Gaswerkes vorgeschlagen. Der Gasverbrauch habe die in diesem Gutachten angenommene Höhe nicht erreicht, da der Verbrauch im allgemeinen etwas nachgelassen habe. Eine im Gaswerk vorkommene Störung, die nach Erklärungen der Gaswerksdirektion auf die schlechte Verbefestigung der Kohlen und die Unidichtigkeit eines Schiebers zurückzuführen war, veranlaßte den Rat, über den Zustand des Werkes ein Gutachten einzuhören, das von Herrn Direktor Trantmann in Meißen erstattet wurde. In dem Gutachten wurde der Standpunkt vertreten, daß, wenn die Stadt zu neuen Auswendungen entschlossen sei, das Gaswerk auf Jahre hinaus noch leistungsfähig sein werde. Am März vorigen Jahres erstattete Herr Gaswerksdirektor Junge abermals ein Gutachten, worin er wieder wie im Jahre 1916 den weiteren Ausbau des Gaswerkes empfahl. Vom Rat und vom Gaswerksausschuß ist dann beschlossen worden, noch ein Gutachten von Herrn Direktor Riedel in Leipzig beizuziehen. Darin wurden zwei Fragen aufgeworfen: 1. die Frage, ob es möglich sei, ein Gaswerk in Riesa zu errichten, an das Gröba, Oelsnitz, Strehla und Großenhain angegliedert werden könnten, und 2. die Frage des Anschlusses an das Ferngaswerk Leisnig. Dieses Gutachten hat es mit sich gebracht, daß die Stadt mit Leisnig in Verbindung trat. Die Verhandlungen sind weiter geführt worden und mehrere Vergleichungen haben stattgefunden, um Aufschluß darüber zu erhalten, was für Vorstufen der Anschluß der Stadt bietet. Man ist auch dazu gekommen, Herrn Stadtvor. Reyer um ein Gutachten über das Gaswerk zu bitten. Dieses Gutachten, das, wie der Berichterstatter betonte, sehr objektiv gehalten ist, schlägt vor, nochmals das Urteil eines Sachverständigen einzuhören, der in Gasfragen bewandert ist. Das darauf von Herrn Bourrat vorgebrachte Gutachten ist nach den Ausführungen des Berichterstatters das beste, das die Stadt bekommen hat. Es schlägt verschiedene Varianten im Gaswerk vor. Es sei notwendig, die Eisenanlage zu erneuern, wofür die Aufwendungen aus laufenden Betriebsmitteln zu nehmen seien. Eine Ammoniakanlage müsse eingebaut werden und würde 100 000 Pf. kosten. Die jetzige Kesselanlage genüge nicht. Die Aufwendungen hierfür sind auf 125 000 Pf. veranschlagt. Notwendig sei der Einbau einer Benzolanzlage, deren Kosten auf 150 000 Pf. berechnet sind. Die Benzolanzlage liege im Interesse der Stadt. Das Gaswerk beiße Kraftstrangen und es werde auch einmal an die Schaltung einer Kraftverbindung zwischen Riesa und Gröba gedacht werden müssen. Die Kosten für die teilweise Erneuerung des Gebäudes des Gaswerkes werden auf 125 000 Pf. geschätzt. Rechnet man noch die sich nötig machen den kleineren Aufwendungen hinzu, so ergäbe sich ein Gesamtaufwand von 700 000 Pf. Die Frage sei nun, auf wieviel Jahre unter Gaswerk auszurechnen werde, wenn man es auf eine Tagesleistung von 6000 Kubikmetern bringe. Diese Frage sei schwierig zu beantworten. Herr Bourrat hat sie über der Ansicht, daß unser Gaswerk dann den Ansprüchen noch 9 bis 14 Jahre genügen werde. Am Schlusse seines Gutachtens weist er darauf hin, daß es von Vorteil für die Stadt sei, wenn sie sich nicht einem Ferngaswerk anschließe, sondern ihr eigenes Gaswerk ausbaue. Außerdem sei die Anlage von Ferngaswerken noch eine Einsichtung, die noch nicht genügend erprobt sei. Der Rat ist dieser Ansicht beigetreten und hat beschlossen, den Anschluß an das Ferngaswerk Leisnig abzulehnen. Der Berichterstatter führt noch aus, daß der vom Kollegium zu

fassende Beschluss von weittragender Bedeutung sei, aber alle Fragen seien von den zuständigen Stellen eingehend geprüft worden. Das Kollegium könne dem Ratsbeschluss mit gutem Gewissen zustimmen. Dem Ratsbeschluss wurde hierauf einstimmig beigegeben.

3. Der Erhöhung der Prämie für die Haftpflichtversicherung der Stadt auf 7658,60 Pf. wurde zugestimmt.

4. Die Riesaer Düngerausgabe. Aktien-Gesellschaft hat das Rechnungswerk für 1921 vorgelegt. Die Kosten für die Schleusenspülung betrugen 26 326,20 Pf., wovon von der Stadt bereits 22 500 Pf. vergütet sind. Der Rat hat beschlossen, die restlichen 3826,20 Pf. noch auszuzahlen und 50 000 Pf. neu in den Haushaltplan einzufassen. Dem Ratsbeschluss wurde beigegeben.

5. Der Bewilligung von 5400 Pf. für die Einholung eines Gutachtens wegen des Ankaufs des Elektro-Stationärwerkes wurde zugestimmt.

6. Das Kollegium hatte in seiner letzten Sitzung beschlossen, einen Ausschuß mit der Nachprüfung der Gesellschaftsordnung des Stadtverordnetenkollegiums zu beauftragen. Herr Stadtvor. Reyer erklärte, es erscheine ihm nicht angebracht, jetzt noch eine Änderung der Gesellschaftsordnung vorzunehmen, da ja die neue Gemeindeverfassung bald kommen werde. Herr Stadtvor. Jöbne erwähnte, wenn davon abgesehen werde, die Gesellschaftsordnung zu ändern, so müsse die unabhängige Fraktion doch darauf bestehen, daß ihr Antrag erledigt werde. Herr Vorst. Günther erklärte, daß der Beschluss die Gesellschaftsordnung neuanzuprägen, bereits in der letzten Sitzung gefasst worden sei. Es handle sich heute nur darum, über die Zusammenfassung des Ausschusses zu beschließen. Auf Vorschlag des Herrn Stadtvor. Jöbne wurde mit der Erledigung der Angelegenheit der Wahlausschuss beauftragt, dem die Herren Träger, Schumann, Günther, Schneider und Döberenz angehören.

7. Der Rat teilte mit, daß er bei dem Beschluss des Stadtverordnetenkollegiums, betreffend die Ablehnung des 1. Nachtrages zum Ortsgebot über die Wahlen der unbesoldeten Ratsmitglieder, Berücksichtigung fahrt. Auch bei dem Beschluss des Kollegiums, dem Deutschen Städtestag nicht beizutreten, hat er Berücksichtigung gesucht. Dem Beschluss, den Beitrag unter den von der unab. Fraktion geteilten Beiträgen zu vollziehen, hat er nicht beizutreten vermöcht.

8. Schulausbau und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit einzuführen. Der Rat beachtigte zunächst gegen Ende des Schuljahres nochmals die Kosten zu ermitteln und dann die Angelegenheit dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen. Die Schulleitungen haben jedoch gebeten, die Sache jetzt schon zu verabschieden, damit Peste und Papier wegen der Teuerung jetzt schon beschafft werden können. Der Rat hat darauf beschlossen, für die Beschaffung von Schreibpapier 50 000 Pf. für beide Schulen zu bewilligen und ferner zu genehmigen, daß der Einfuhr der Peste und des Papiers jetzt schon erfolgt. Auf eine Anfrage des Schulausschusses und Rat haben beschlossen, für die Volksschulen eine teilweise Vermittlungsfreiheit

S 24, 2, S 30, 5, §§ 18 ff. des Heils- und Fortpflanzungsgesetzes gegebenenfalls sogar nach § 242 oder § 303 des St. G. B. strafbar ist. Es ist daher nicht nur Aufgabe der Polizeibehörde, sondern aller derer, die Verständnis für die Schädlichkeit dieses Treibens haben, ihm entgegen zu treten.

— **Abschaffung der Fleischrotmarken?** Die Fleischrotmarken sind auch seit dem vorigen Herbst beibehalten worden, obgleich man seitdem Brot auch ohne Marken bekommen kann. Das billige Brot sollte auch aus den reichen Regionen wie Württemberg, Kaufmännischen Gewichtsstädten, Beamten, Arbeitern auf Montage, Kaufleuten, minderbezahlten Erholungsreisenden u. m. ausganglich bleiben. Seitdem haben insbesondere die Städte wiederholt die Abschaffung der Fleischrotmarken zur Gewährnis der Kosten der Erstellung der Marken beim Reichsminister für Landwirtschaft und Handwirtschaft verlangt, insbesondere der Bayerische Städtebund. Der Deutsche Industrie- und Handelstag ist erachtet worden, Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Er hat seine Mitglieder gebeten, sich möglichst umgehend darüber zu äußern.

— **Zur Ausbildung der gewerblichen Räume** fördert eine Dresdenner Korrespondenz: Nach neueren Mitteilungen beobachteten die Haus- und Grundbesitzervereine wegen Aufzehrung der Baumwirtschaft für gewerbliche Räume vorstellig zu werden. Der Landesausschuss des sächsischen Landesverbands hat diese Vorberatungen in einem Gutachten an die zuständigen Reichsstellen im Interesse des weitauft grössten Teiles der Gewerbetreibenden als un durchführbar abgelehnt. Nachdem jahrelang durch Preisverordnungen die Mieten auch für gewerbliche Räume auf einem möglichst niedrigen Stand gehalten wurden, wäre es zunächst allen Mietern von gewerblichen Räumen und Löden gegenüber überantwortlich, mit einem Schlag eine völlig reale Gestaltung in der Mietpreisbemessung zuzulassen. Hierdurch müssten angehoben der großen Nachfrage nach gewerblichen Räumen und Geschäftsräumen die Mieten in unerträglicher Weise steigen zum größten Schaden der kapitalistischen Gewerbetreibenden, die von den Kapitalistischen einfach ausgemietet würden. Wie groß diese Gefahr ist, zeigt allein die Tatsache, daß heute von den Großbanken ganze Edelhäuser aufgekauft werden. Dagegen könnte der Schritt einer bloßklichen Aufzehrung der Baumwirtschaftung gewerblicher Räume der Allgemeinheit gegenüber nicht verantwortet werden, da mit der Steigerung der gewerblichen Mieten auch im gleichen Verhältnis die Preise der Produkte und Waren erhöht werden müssten, was aber angewisst der geringen Kaufmächtigkeit beträchtlicher Konsumtentenkreise zur größten Unzufriedenheit führen würde. Endlich kann die völklige Befestigung der Baumwirtschaft für gewerbliche Räume auch nicht einheitlich im Interesse der Kaufbesitzer liegen, weil dann diejenigen Kaufbesitzer, die gewerbliche Räume in ihren Häusern zur Verfügung haben, denen gegenüber bevorzugt würden, welche nur Räume für Wohnzwecke haben. Alles in allem kann nur ein Konsens weiterer Bau auf der Wohnungswirtschaft durch entsprechende Erhöhung der Mieten bestimmt werden bis zu einer gänzlichen Befestigung da hinaus das geeignete Mittel zur Behebung der immer größer werdenden Wohnungsnarot zu erblieben ist. Nur darf nach dem Stand unserer gesamten Wirtschaftsverhältnisse die Baumwirtschaft im Wohnungsbau nicht mit einem Male aufgestoppt werden, da dies zu außerordentlichen Kästen für die gewerblichen Mieter führen müsste.

— **Regierungsmehrheit und U. S. P.** Dem Telunion-Sachsenkabinett wird gefügt: Dass eine Regierung mit knapper Mehrheit keine richtliche Regierung ist, ist eine alte Wahrheit. Aber neu und bemerkenswert wird sie dadurch, dass sie jetzt sogar vor sächsischen Unabhängigen geprägt wird. Unmittelbar nach der Abstimmung über die Regierungsmehrheit im Reichstag schrieb nämlich das maßgebende Organ der sächsischen U. S. P. die "gewisse Volkszeitung" in Nummer 40 vom 16. 2. im Zeitung folgendes: "Hätte die gekannte U. S. P. Fraktion gegen das Vertrauensvotum gestimmt, dann wäre die Mehrheit der Regierung außerordentlich zusammengezuckt. Es wäre zwar eine Mehrheit übrig geblieben, aber sie wäre von so wenigen Stimmen getragen gewesen, dass keine Regierung darauf ihre Existenz hätte begründen können." Sehr richtig! Keine Regierung! Es kommt somit nun auch der U. S. P. (endlich) die Kenntnis. Bissher haben die Unabhängigen die zwei Stimmen in Sachsen für den gewöhnlichen Tagessbedarf als genügende Regierungsbasis angesehen — es ist recht lehrreich, dass sie in kritischen Momenten doch erkennen müssen, dass "eine von so wenigen Stimmen getragene Mehrheit keine Regierung", also auch der sächsischen nicht, ihre Existenz begründen kann. Die Unabhängigen sehen somit endlich ein, dass eine Regierung mit zwei Stimmen Mehrheit eigentlich gar keine Regierung im demokratisch-parlamentarischen Sinne ist. Später kommt der U. S. P. die Erkenntnis, aber noch nicht so bald. Sie kommt gerade recht, damit man sie aus der beschuldigten Enge des Zeitartikels der "D. B." aus Ficht der breiten Öffentlichkeit ziehen und namentlich allen Arbeitern bekanntgeben kann. Sie sind bisher von der unabhängigen Presse in ganz entgegengesetztem Sinne unterrichtet worden. Jetzt werden nun auch sie einsehen müssen, dass 49 Stimmen einer "Mehrheit" kein Recht geben, 47 Stimmen dauernd an die Wand zu drücken. Ganz besonders bemerkenswert ist, dass sogar das radikalste unter den unabhängigen Flötertum Sachsen, die "Unabhängige Volkszeitung" in Dresden, am 18. 2. gerade diese Stelle aus der "D. B." unterstreicht, indem sie sie zitiert, ohne auch nur ein Wort dagegen zu sagen.

— **Sächsische Siedlungswoche.** Am gestrigen Dienstag wurde die Sächsische Siedlungswoche fortgesetzt. Nach einem Vortrag von Oberregierungsrat Hager über das Baukostenzuschussverfahren sprach Regierungsdirektor Stegemann über die Siedlung und den Siedler. Der Siedler, so führte er aus, sei dann ideal, wenn er alles, was zu schaffen sei, selbst schaffe. Dieses Ideal müsse der Siedler bewusst sein, wenn er erfolgreich das erreichen wolle, was zu erreichen sei. Der Siedlungsbedarf werde nur dann vor Vermöglichkeit kommen, wenn es gelinge, den Siedler besser als bisher auf seine Aufgaben vorzubereiten. Er müsse wissen, dass Erfolg nur dem Verhältnis auf die eigene Kraft und der vorliegenden, sielbewohnten Arbeit am langfristigen Aufbau des Reiches bestehen sei. Die Vorläufer des Siedlungsweisen wollten nicht die übrigen bestehenden Wohnformen bestreiten; die Siedlung solle vor allem dem Industriearbeiter günstigere Lebensbedingungen geben. Die Mäßigkeit des Siedlers am Bau sei in ihrer materiellen Wirkung nicht belanglos, ebenfalls dagegen sei sie nicht hoch genug zu bewerten. Regiebad von Siedlervereinen werde auf Einzelfälle beschränkt bleiben, obwohl er bei geplanter technischer Überleitung Ersparnisse erzielle. Vertikale und horizontale Zusammenfassungen der Siedlerorganisationen seien zu begreifen, aber künftige Großorganisationen würden durch die hohen Kosten des Verwaltungsaufbaus eher schädlich. Die vom Staate begründeten und überwachten gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften mit ihren Wohnstätten stünden ja dem Siedler zur Verfügung. Zu bewerben seien die Versüde. Bau- und Wirtschaftsgenossenschaften von kapitalistischen Mitgliedern zu gründen, die selbst Bauförderzeugung, Bau und Finanzierung von Häusern, Kauf und Bewirtschaftung von Gütern unternehmen; sie müssten ja doch völlig unzulänglich finanziert sein. Im gegenwärtigeninne ist der einzige Zusammenhang innerhalb der fertigen Siedlung zu einer Wirtschaftsgenossenschaft anzustreben. Sehr zu empfehlen sei es für den Siedler, sich auf seine Bedürfnisse durch Erwerbung aktenkundlicher Erfahrungen durch Gartengartenlandpachtung vorzubereiten, wodurch er sich der Beratung der Zentralstelle für Kleingartenwesen bedienen könne. Wichtig sei für den Siedler, sein Haus als Reichssiedlungslände zu erklären, wodurch ihm sein Recht gegen jeden Eingriff gesichert werde. Vor übertriebenen Wohnungen auf Erfüllung aller Siedlungswünsche warnte der Redner, da die deutlichen Verhältnisse eine willkürlich durchgetriebene Siedlung nicht zulassen. Aber der Siedlungsbereich sei aus sich selbst heraus so stark, dass er keinen besonderen Werbung bedürfe. Planlose Gründungen von Siedlervereinen seien deshalb unzulässig und schädlich. — Der Vortrag wurde mit besonderem Beifall aufgenommen. Vorsitz Dr. Koch hielt darauf einen anregenden Schilderungsbericht über: "Das Kleingartenwesen".

Die Kleingartner sind auch seit dem vorigen Herbst beibehalten worden, obgleich man seitdem Brot auch ohne Marken bekommen kann. Das billige Brot sollte auch aus den reichen Regionen wie Württemberg, Kaufmännischen Gewichtsstädten, Beamten, Arbeitern auf Montage, Kaufleuten, minderbezahlten Erholungsreisenden u. m. ausganglich bleiben. Seitdem haben insbesondere die Städte wiederholt die Abschaffung der Fleischrotmarken zur Gewährnis der Kosten der Erstellung der Marken beim Reichsminister für Landwirtschaft und Handwirtschaft verlangt, insbesondere der Bayerische Städtebund. Der Deutsche Industrie- und Handelstag ist erachtet worden, Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Er hat seine Mitglieder gebeten, sich möglichst umgehend darüber zu äußern.

— **Zur Ausbildung der gewerblichen Räume** fördert eine Dresdenner Korrespondenz: Nach neueren Mitteilungen beobachteten die Haus- und Grundbesitzervereine wegen Aufzehrung der Baumwirtschaft für gewerbliche Räume vorstellig zu werden. Der Landesausschuss des sächsischen Landesverbands hat diese Vorberatungen in einem Gutachten an die zuständigen Reichsstellen im Interesse des weitauft grössten Teiles der Gewerbetreibenden als un durchführbar abgelehnt. Nachdem jahrelang durch Preisverordnungen die Mieten auch für gewerbliche Räume auf einem möglichst niedrigen Stand gehalten wurden, wäre es zunächst allen Mietern von gewerblichen Räumen und Löden gegenüber überantwortlich, mit einem Schlag eine völlig reale Gestaltung in der Mietpreisbemessung zuzulassen. Hierdurch müssten angehoben der großen Nachfrage nach gewerblichen Räumen und Geschäftsräumen die Mieten in unerträglicher Weise steigen zum größten Schaden der kapitalistischen Gewerbetreibenden, die von den Kapitalistischen einfach ausgemietet würden. Wie groß diese Gefahr ist, zeigt allein die Tatsache, daß heute von den Großbanken ganze Edelhäuser aufgekauft werden. Dagegen könnte der Schritt einer bloßklichen Aufzehrung der Baumwirtschaftung gewerblicher Räume der Allgemeinheit gegenüber nicht verantwortet werden, da mit der Steigerung der gewerblichen Mieten auch im gleichen Verhältnis die Preise der Produkte und Waren erhöht werden müssten, was aber angewisst der geringen Kaufmächtigkeit beträchtlicher Konsumtentenkreise zur größten Unzufriedenheit führen würde. Endlich kann die völklige Befestigung der Baumwirtschaft für gewerbliche Räume auch nicht einheitlich im Interesse der Kaufbesitzer liegen, weil dann diejenigen Kaufbesitzer, die gewerbliche Räume in ihren Häusern zur Verfügung haben, denen gegenüber bevorzugt würden, welche nur Räume für Wohnzwecke haben. Alles in allem kann nur ein Konsens weiterer Bau auf der Wohnungswirtschaft durch entsprechende Erhöhung der Mieten bestimmt werden bis zu einer gänzlichen Befestigung da hinaus das geeignete Mittel zur Behebung der immer größer werdenden Wohnungsnarot zu erblieben ist. Nur darf nach dem Stand unserer gesamten Wirtschaftsverhältnisse die Baumwirtschaft im Wohnungsbau nicht mit einem Male aufgestoppt werden, da dies zu außerordentlichen Kästen für die gewerblichen Mieter führen müsste.

— **Zur Erhöhung der Gütertarife.** Wie vom Reichsverkehrsministerium mitgeteilt wird, werden entgegen anders lautenden Blättermeldungen am 1. März d. Jahres nur die Gütertarife um 20 Prozent erhöht werden. Von einer weiteren Erhöhung der Gütertarife und einer Erhöhung der Verkehrsgebühren ist nichts bekannt. Es wird auch nicht an der Aufstellung neuer Tarife gearbeitet. Görlitz b. Strehla. Die Zusammenlegung der Parochien Döbenkirch und Görlitz ist seit längerer Zeit schon in Gang. Beide Kirchenvorstände haben ihre Genehmigung erteilt, der Patron aber, Herr v. Eggers auf Kreinitz, hat Einspruch dagegen erhoben. Seit etwa vier Monaten geht die Sache nunmehr nicht vom Fleck. In nächster Zeit sollen, wie das Strehlaer Wochenblatt berichtet, von Seiten der Amtsverwaltung Versammlungen in den Ortschaften stattfinden, in denen die Wille der Parochianen zum Ausdruck gebracht werden soll.

Großenhain. Am Montag abend wurde im Wildenhainer Busch ein unbekannter Mann erdrosselt aufgefunden. Der anscheinend aus besseren Ständen stammende Mann hatte keine Papiere bei sich. In einem Übersichtsbericht bittet er, begraben zu werden, er siehe allein da ohne Angehörige und sonne sich nicht mehr durch die Welt bringen. Der Unbekannte ist ungefähr 1.75—1.80 Meter groß, 55—60 Jahre alt, von großer starker Statur, hat graues Haar und einen graumelierten Schnurrbart, sehr gut gepflegt. Er war bekleidet mit schwarzen Schulterdrapien, schwarzwäschiger gekreisteter Hose, derselben Farbe, schwarzer Weste mit Glasknöpfen, schwarzer Strickweste, dunkelblauem Jackett, schwarzer Überleger mit Samtkragen und dunkelgrünem Hut. Er trug zwei Kleider, darunter einen goldenen, bei sich und 17.01 M. Geld, ferner ein ganzes Paar Notgeldscheine verschiedener Städte, meist aus der Provinz Brandenburg. Als besonderes Kennzeichen: Am linken Schulterband das Angel- und verhüppelt. Im Beik des Toten wurde ferner eine Nummer der "Berliner Morgenpost" gefunden. Angaben zur Person des Toten sind bei der Gendarmeriekation Großenhain oder dem Gemeindeamt in Wildenhain zu erhalten.

Großenhain. In großer Aufregung versetzt wurde in den letzten Wochen die Familie des Gutsbesitzers Dr. G. in dem benachbarten Naundorf. Der Gutsbesitzer erhielt vor einiger Zeit einen anonymen Brief, in dem er aufgefordert wurde, bis zu einem bestimmten Zeitpunkte 2000 Mark an Denkmal bei der Tauchengrupe niederzulegen, widrigfalls ihm die "Bude überm Kopf" abgebrannt würde. Dann kam später ein weiterer Brief mit der Botschaft und am Sonntag noch ein dritter Drohbrief. Die sofort in Kenntnis gesetzte Gendarmerie stellte sich auf die Lauer und endlich gegen 2 Uhr nachmittags kamen die Expressen an die Stelle, um das Geld zu holen. Als sich die in der in der Nähe befindlichen Bude aufzuhaltenden Beamten bemerkbar machen, ergingen die Burschen die Flucht, es glückte aber bald, sie einzudauen und festzunehmen. Es waren zwei in Großenhain wohnhafte 16 Jahre alte Schuhmacherlebende W. und O., die auch nach langerem Leugnen gestanden, die Expressen gefordert gesetzten zu haben.

Dresden. Am Montag nachmittag wurde auf dem Postplatz eine etwa 70 Jahre alte Frau von einem Auto überfahren und getötet. Die Frau, deren Verlobten noch nicht ermittelt werden konnten, hatte beim Überqueren des Platzes das Rad des Autos und die Warnungssignale nicht gehört. Die Polizei wurde nach dem Matthäusfriedhof überführt. — Eine 10-köpfige Einbrecherbande, die sich aus beschäftigungslosen Arbeitern und Handwerkern zusammenlebt, deren Haupt der Maler und Fleischer Richard Walther ist und unter denen sich auch der bei den bekannten Gründer befand, konnte von der Kriminalpolizei festgenommen werden. In Trupps zu drei bis fünf Mann, mit Schußwaffen ausgerüstet, gingen sie an ihre Arbeit. Eine überaus große Anzahl von Einbrechen wird ihnen zur Last gelegt. Sie hatten es in der Hauptstadt auf Lebensmittel, wie Margarine, Wurst, Speck, aber auch auf Schreibmaschinen und Wäsche abgezogen. Von dem Diebesgut konnte nur ein geringer Teil herbeigeschafft werden.

Dresden. Um Dienstag nachmittag stießte sich auf der Elbe zwischen Dresden-Blasewitz und dem Wasserwerk Saloppe ein aufregender Vorfall ab. Unterhalb der Blasewitz-Blasewitzer Brücke hatten am linken Elbufer mehrere Knaben los auf das Eis gelegen, als sich unerwartet eine 3—4 Meter lange und 1 Meter breite Eisfischolle, auf der sich zw. 12—18 Jahre Knaben befanden, vom Ufer loslöste und raste nach der Mitte der Elbe zu. Die Kinder mit einem Rad zu reiten, war unmöglich, da keiner zur Hand war. Man fürchtete, dass die Eisfischolle jeden Augenblick mit den jungen Menschen verschlingen werde. Spielsameraden versuchten am Ufer ihre Freunde, ohne Ihnen delikat zu können. Nachdem vom Wasserwerk Blasewitz ans das Wasserwerk Saloppe von dem Vorgang telefonisch in Kenntnis gesetzt worden war, rückte sich das Wasserkommissariat zum Rettungswerk. Mit Stangen und Seilen warteten die Mannschaften oberhalb des Restaurants Saloppe auf die Ankunft der Eisfischolle. In einem geplanten Augenblick gelang es ihnen auch, den Knaben ein Seil zuzumachen und sie ans Ufer herüber zu ziehen. Als das Rettungswerk geplündert war, geriet die Scholle in mehrere Stücke. Die geretteten Knaben, überwältigt vor Freude, entfernten sich eilig. Auch die Feuerwehr war zum Rettungswerk ausgerückt.

Freital. Am Montag abend gegen 10 Uhr brannte die Feuerwache der sächsischen Gußstahlfabrik vollständig ab. Die Schmiede war in einem der ältesten Gebäude des Werkes untergebracht. Das zum Dämmen benötigte Holz gab dem Feuer reichliche Nahrung.

Dohna. Das Opfer eines debauerlichen Vertrags wurde ein junger 17 Jahre alter Bürkle, der abends die Straße von Rödewitz nach Dohna passierte. In der Nähe

der Haltestelle Röttewitz rammen ihm zwei junge Bursche im Alter von 20 bis 25 Jahren entgegen. Mit dem Auto "Loß" fielen die beiden über ihn her und verprügelten ihn. Als sie sahen, dass sie sich getzt und den Wagen erwischen, liefen sie davon.

Plauen i. S. Durch einen beschallenden Dachstiel erschreckt verließ wurde ein 10-jähriger Kindermädchen. Die Bunge ging auf dem Dachstiel am Hause Schreiberstraße 5 vorüber, als sich vom Dach ein Schiefer löste und dem kleinen so unglücklich auf den Kopf fiel, dass eine Vollimpression entstand. Der Knabe wurde sofort zu einem 25 Centimeter lange, bis auf den Knoden reichende Wunde, wurde noch eine leichte Schädelbruch erlitten.

Wilsdruff. Wegen des weiter anhaltenden Mangels an Lehrkräften hat der Rat der Stadt Wilsdruff beschlossen, die städtischen Schulen, die bereits seit 14 Tagen geschlossen sind, noch bis einschließlich 28. Februar geschlossen zu halten. Der Unterricht beginnt an allen städtischen Schulen wieder am 1. März 1922.

## Nichtamtlicher Bericht über die öffentliche Gemeinderatssitzung in Große

am 20. Februar 1922, abends 7 Uhr  
im Sitzungssaal der Centralstufe.

Anwesend waren: Herr Gemeindevorstand Hans, die Herren Gemeindeschreiber Günther und Schmidt, sowie 18 Gemeindeschreiber. Entschuldigt fehlten die Herren Bommel und Niederwirth. Der Sitzerraum war sehr gut besetzt. Die Sitzung leitete Herr Gemeindevorstand Hans.

1. Durch Verfügung des Gesamtministeriums vom 27. Januar 1922 hat die Zahlung von Ausgleichszuschüssen auf Gemeindebeamte und -angehörige zu erfolgen. Der Finanzausschuss hat die Auszahlung der Betriebe bestätigt. Auch das Kostenamt erklärt sich einverstanden und genehmigt die erforderliche Summe von 82 400 M.

2. Die vom Sächs. Gemeindebund und dem Gemeindebund vorgeschlagene Durchführung einer Prüfungsvorschrift für Gemeindebeamte ist erst möglicherweise auf 27. Februar 1922 abzulehnen, da die Verordnung einige Bestimmungen mißtun.

3. Die vorliegenden Vorschriften für Gemeindebeamte und -angehörige wurden auf Vorschlag des Finanzausschusses einstimmig angenommen.

4. Als Beiblätter für das Deutsche Krieges- und Kriegsheimatbuch in Davos (Schweiz) wurden 800 M. aus Gemeindemiteln bewilligt.

5. Der Auskunft für Errichtung eines Krieger-Ehrenmals in Große hat um Bewilligung eines Beitrages aus Gemeindemiteln gebeten. Zu dieser Anliegenheit wurde von Herren Gemeindevorstand ein von dem Kriegerverein an den Gemeinderat gerichtetes Schreiben vorlesen, in dem der Gemeinderat erachtet wird, die Bewilligung von Geldern für obigen Zweck zu verlagen, sondern einen Beitrag für Wohnungsfürsorge oder sonstige Wohlfahrtssiege bereitzustellen. In diesem Sinne erklärten sich in der umfangreichen Aussprache sämtliche Redner der linken Fraktionen bereit, Geldmittel für Zwecke, die das Innendienst der im Weltkrieg Gefallenen erforderten, zu verwenden, man müsse aber Einrichtungen treffen, die den Lebenden zugute kommen. Auch von bürgerlicher Seite wurde erklärt, dass auch ihre Fraktion gern bereit sei, ihre Einwilligung für Mittel zu Wohlfahrtseinrichtungen zu geben. Der Krieger-Ehrenmal-Ausschuss habe es jedoch als seine Pflicht betrachtet, den Gemeinderat, der doch alle Wohlfahrtseinrichtungen vertrete, um Bewilligung eines Beitrages zu bitten, um sich schließlich vor späteren Vorwürfen zu versichern. Hierauf wird die Bewilligung eines Beitrages der Bürgerlichen abgelehnt.

6. Ebenfalls abgelehnt wurde die Bewilligung eines Beitrages zur Vinderung der Hungersnot in Niederland und zwar gegen die Stimmen der USPD.

7. Der Finanzausschuss hat beschlossen, die Rückzahlung von aufgenommenen Hypotheken darlehen für Gemeinde-Grundstücke vorzuschlagen, und ferner die Aufnahme eines Sitzungssaals der Gemeindevertreter und Auschussteile abzulehnen.

8. die Aufnahme eines Sitzungssaals der Gemeindevertreter und Auschussteile abzulehnen.

9. Mit der Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für Gemeindevertreter und Auschussteile erklärte man sich mit Stimmenmehrheit einverstanden.

10. Mit der Festlegung der Tagesspeise und Reisekosten für Dienstreisen nach der ab 1. Januar 1922 geltenden Reiseregelung erklärte man sich grundlegend einverstanden.

11. Einen breiten Raum der Verhandlungstätigkeit nahm in der heutigen Sitzung wiederum die Beratung über die Einigung eines Unternehmens aus für die Behauptungen in den Gemeinderatssitzungen Flugblättern in Angriff. Die Vorbereitungen für die Zusammenlegung der Kommission sind bekanntlich dem Verwaltungsausschuss übertragen worden. Im Verwaltungsausschuss konnte jedoch eine endgültige Rücksicht nicht herbeigeführt werden, die Beratungen scheiterten in der Frage der Einigung eines unparteiischen Ausdrucks-Vorberichts. Der von den Linken in Vorschlag gebrachte Herr Gemeindevorstand Hans ist von den Bürgerlichen abgelehnt worden. Sie hatten zunächst geplant, einen Beamten einer auswärtigen Behörde für Dokumenten zu bestellen, der damit verbundenen hohen Kosten wegen musste jedoch davon absieben werden. Der bunte gewöhnliche Verwaltungsausschuss lehnt sich zusammen aus 8 Personen und zwar aus 4 Vertretern der bürgerlichen und 4 Vertretern der linken Fraktionen (2 S.P. und 2 U.S.D.). Dem Ausschuss gehören an: die Herren Mattheis, Schiller, aus der Einwohnergemeinde die Herren Dr. Mühlmeier und Gutsbesitzer Strehle (bürgerlich), die Herren Horn und Meissner (soz. Partei) und die Herren Freudenberg und Leibnitz (unabh. soz. Partei). Man einigte sich schließlich dahin, Herrn Gemeindevorstand Hans mit der Einberufung der ersten Kommissionssitzung zu beauftragen.

12. Mitteilungen und Anträge. Herr Gemeindevorstand Hans gab zunächst zur Kenntnis, dass der Gemeindeschreiber von der Amtsbeamtenanstalt aus dem sog. Ausgleichskasten 80 168 M. zugewiesen worden seien, ferner die Bewilligung von 40 414 M. Begebauskosten. Der weitere berichtete der Herr Gemeindevorstand über die der Gemeinde überwiesenen Kosten auf das Erdhaar des

Wohlfahrtskommunen und das aufdringliche Wohlgelehrte Grundstück für Gemeindearbeiter bekannt. — Herr Gen. Heisterer Schmidt berichtete hierauf, daß bei Beitragsabfuhr 20 000 M. für bedürftige Kleinrentner des Bezirks zur Verhöhung stelle und erbat die Vermittlung des benötigten Drittanteils aus Gemeindemitteln für die für Groß in Frage kommenden Unterstüzungsbefürchtigen. — Am Anschluß hieran nahm Frau Berger Gelegenheit, die äußerst bedrangte Lage mehrerer alter Leute und der Kriegswaffen eingehend zu beleuchten. Hierzu gab Herr Gen. Heisterer Schmidt bekannt, daß seitens für die nächsten Tage eine Geldsammlung für bedürftige alte Leute geplant sei. — Auf Anregung des Herrn Kretz wurde beschlossen, daß die Gemeindevertreter Arbeitslohn-Entschädigung in allen Fällen zu erfordern hat; diesg. soll auch auf Anregung des Herrn Matthäus Entschädigung für die Tätigkeit in der Wohlfahrt- und Armenpflege u. m. gewährt werden. — Herr Horn befürchtet jedoch die infolge des Laweters an verschiedenen Strukturen einsetzenden Verkehrsverschwendungen und bittet, daß zur Abstellung der fragl. Hindernisse Maßnahmen getroffen werden. — Herr Führer fragt an, wie weit die Willkürregelung seitens der Unterstützer gediehen sei. Er erklärt sich mit dem Bescheid, daß die Ungelegenheit des Vermögensausbaus nochmals vorgelebt werden soll, aufrüttelnd gestellt, wünscht aber eine baldige Auflösung. — Nachdem Herr Horn noch den Titelweisen der Gemeindebeamten Erwähnung getan und auf die infolge der zahlreichen Anträge im Verkehr des Publikums mit den betr. Beamten vorkommenden Schwierigkeiten verneint habe, erfolgte Schluß der Sitzung 11 Uhr. — Es folgte nichtöffentliche Sitzung.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Die sozialistische Ausländerkonferenz in Frankfurt. Unter den bereits anwesenden fünf Delegierten des Parteivorstandes der S.P.D. an der sozialistischen Ausländerkonferenz in Frankfurt a. M. wird die sozialdemokratische Delegationsfraktion noch folgende Vertreter zur Konferenz entsenden: Bernstein, Dr. Silbermann, Salmann und Vogel-Braun. Die U.S.P.D. wird vertreten sein durch Breitfeld, Grispien, Lichtenau, Dittmann, Hildebrand, Ledebour, Dr. Rosenfeld und Walther Wurm. Die kommunistische Arbeitgemeinschaft wird Paul Levi, Däumig und noch ein drittes Mitglied zu der Konferenz entsenden. Am 23. und 24. werden Vorbesprechungen stattfinden.

Die Verhandlungen über die Groß-Hamburger Frage werden am 27. d. Mts. in Berlin zwischen Preußen und Hamburg beginnen. Auf preußischer Seite werden die Verhandlungen vom früheren Minister Süderup geführt. Zur Groß-Hamburger Frage veröffentlicht der Hamburger Senat eine Denkschrift, die nach ausführlichen Darlebungen für die Notwendigkeit der Bildung eines Groß-Hamburgs und zwar aus Gründen der wirtschaftlichen Einheit des Groß-Hamburger Raumegebietes eintutzt und zur Lösung des Stadt- und Landproblems Groß-Hamburgs zum Ergebnis kommt, daß die Städte Hamburg, Altona, Wandsbek, Wilhelmsburg und Harburg sowie die Elbgemeinden zu einem Groß-Hamburg verschmolzen werden sollen. Die Deutschen wenden sich zum Schluß gegen die Bildung eines preußischen Groß-Hamburgs.

Ausländers in der Güterverarbeitung. Die Güterverarbeiter haben den gefälschten Schiedsgericht abgelehnt. Sie übten beim Erscheinen in den Betrieben passive Resistenzen, worauf die Arbeitgeber die Aussperrung beschlossen, von der 2500 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen betroffen werden.

Die Streiklage im Mansfelder Revier ist unverändert. Die Mansfelder Syndikats-Aktiengesellschaft ist am den Fleischarbeitsminister herangetreten, um seine Vermittlung zu erbitten. Das Ministerium batte die Organisationen für den gelungenen Nachmittag nach dem Oberbergamt in Halle zu Einigungsverhandlungen eingeladen und die Parteien gebeten, auch Beifänger für einen etwa in Aktion tretenden Schlichtungsausschuß zu wählen.

Die Flaggenfrage. W. T. B. meldet: Um die endgültige Regelung der Flaggenfrage durch die Reichsregierung zu diskreditieren, tauchen in der Öffentlichkeit immer wieder Nachrichten auf, nach denen die Handelskönig oder ihre Kapitäne die Flagge der Republik ableben und der Durchführung der gesetzlichen Maßnahmen große Schwierigkeiten bereiten. Wie unbegründet derartige Darstellungen sind, sei der Bericht des deutschen Generalkonsulats in einem der größten Mittelmeerhäfen, dem wie mitbezug auf die Flaggenfrage folgendes entnehmen: Sämtliche Kapitäne, die dem Konsulat ihren Befehl abgetragen, lehnten den Streit über die neue Handelsflagge als zwecklos, ununtersichtlich und aufgebauscht ab. Diese Ansicht wird von ihnen weniger mit politischen Gründen belegt als mit der Tatsache, daß zwischen der alten und der neuen Handelsflagge kaum ein wahrnehmbarer Unterschied festzustellen sei.

Die braunschweigische Regierung bleibt im Sitze. Aus Braunschweig wird gemeldet: Zu Beginn der gestrigen Landtagssitzung begrüßte Staatsminister Junke im Namen des Staatsministeriums den am 22. d. Mts. gewählten Landtag und führte u. a. aus: Die Regierung sehe in dem Ausfall der Wahlen die Zustimmung der Mehrheit des Volkes zu der von der Regierung bisher befolgten Politik. Da die Mehrheitspartei des Landtages den Wunsch ausgesprochen hätten, daß die Regierung die Gewölfe weiterführen möge, hätten die Minister keinen Grund zurückzutreten. Angesichts der steigenden Arbeitsaufgaben, die der Regierung namentlich aus der Durchführung der neuen Verfassung erwachsen, bitte sie, wie früher, die Wahl eines jüngsten Ministers vorzunehmen. Voraus vertragte sich das Haus um eine halbe Stunde, um zu den Ausführungen des Ministers Stellung zu nehmen.

Die wilde Spekulation in Devizes. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im preußischen Landtag folgende Anfrage eingebracht: Es steht fest, daß im großen Umfang eine wilde Spekulation in Devizes zum Nachteil der deutschen Volkswirtschaft betrieben wird. Was gedenkt das Staatsministerium dagegen zu tun?

Grundstücksaufkäufe an Ausländer. Königs der böhmisches Grenze sind nach einer Meldung aus Konstanz seit 2 Monaten mehr als 100 Grundstücke und Gebäude in den Bezirken von Schweizern übergegangen. Kauflustige Schweizer erwerben unter Ausnutzung der Valuta ganze Siedlungen und kleine Dörfer.

Drohender Metallarbeiterstreik im Bezirk Halle. Der „Drohender“ berichtet, daß die Metallarbeiter von Halle und Umgebung den Schiedsgericht des Schlichtungsgerichts nicht angenommen und beschlossen haben, die Arbeit niedergelassen, wenn bis zum Donnerstag, 28. Februar, keine befriedigende Lösung gefunden ist.

Die Beamtensteuerungszuschlags in Bayern. Die bayerische Regierung hat dem Landtag zur möglichst baldigen Verabschließung eines Gesetzentwurfes über die Festlegung der Steuerungszuschläge für die Staatsbeamten zugeben lassen. Der Steuerungszuschlag zu dem Dienstentommen der Beamten beträgt, soweit es den Betrag von 10 000 Mark nicht übersteigt, 40 Prozent, im übrigen 20 Prozent. Der Steuerungszuschlag zu den Kinderzulagen beträgt ebenfalls 20 Prozent.

Die Münchener freien Gewerkschaften und die Lebensmittelversorgung. In einer von den Münchener freien Gewerkschaften einberufenen Funktionärsversammlung zur Verbreitung der Ernährungslage sprach der Referent Böhrer die Bedeutung aus, daß eines Tages die über-

hauptigen Vergaderungen die Arbeit aufzugeben würden, wenn sie im Sommer die Schwere der Freuden mit ansehen mühten. In der Diskussion traten kommunistische Redner für den Eisenbahner- und Bergarbeiterstreit sowie für den Generalstreik als einziges Mittel zur Beseitigung der Not des arbeitenden Volkes ein. Unter Ablehnung dieser Redner stellte die Versammlung in einer Entscheidung eine Reihe von Forderungen für die Sicherung der Lebensmittelversorgung auf, die der Regierung durch eine Kommission überreicht werden soll.

Die bayerische Bauernkammer gegen die Getreideumlage. Die Bayerische Landesbauernkammer erklärte, es sei ihr unter keinen Umständen mehr möglich, auch nur Erörterungen über die Zweckmäßigkeit einer Getreideumlage oder vereidelter Umlage zu pflegen. Sie lehne mit allem Nachdruck eine Sonderbelastung der Landwirtschaft ab, wie sie bisher in gewaltigem Umfang durch Zwangs- und Umlage zugemutet worden sei.

### Polen.

Anschluß des Wilnaer Gebietes an Polen. Nach einer Meldung der Wilnaer Telegraphen-Agentur hat der Wilnaer Landtag mit 95 Stimmen bei 6 Stimmenabstimmungen die Annäherung des Wilnaer Gebietes an Polen endgültig beschlossen.

### Republik Österreich.

Beschränkungen im Eisenbahnbetrieb. Insolte Kohlen- und Losfomotivmangels muhten neuerlich starke Beschränkungen im Eisenbahnbetrieb vorgenommen werden.

### Griechenland.

Zur Beschlagnahme des französischen Dampfers. Die Regierung hat auf die französische Note wegen der von den griechischen Behörden vorgenommenen Beschlagnahme des Schlosses „Epho“ noch keine Antwort erbracht. In anständigen Kreisen verlautet, die Antwort werde wahrscheinlich heute übermittelt werden. Sie sollte höflich, jedoch inbezug auf die Schiffsladung ablehnend aus.

### England.

Ein neuer Sieg der Arbeiterpartei. Bei der Nachwahl zum Unterhaus in Northampton im Bezirk London erhält der Arbeiterpartei Ammon 7854, der Konservative Neller 6717 Stimmen. Der Sieg ist somit an die Arbeiterpartei gefallen. — Die konservativen Kreise bezeichnen das Ergebnis der Nachwahl zum Unterhaus in Northampton als einen neuen Schlag gegen die Koalition. „Daily News“ urteilt, daß dies der 18. Sieg, den die Koalition seit den Wahlen von 1918 verloren hat. Davon hat die Arbeiterpartei 12 gewonnen.

### Egypten.

Die Bevölkerung zur Waffenabgabe aufgefordert. Nach einer Meldung aus Kairo ist dort eine Proklamation erlassen worden, in der die Bevölkerung aufgefordert wird, sämtliche Waffen abzuliefern. Wer im Besitz von Waffen und Munition betroffen wird, verfällt der Todesstrafe. Polizei und Militärbehörden werden ermächtigt, Durchsuchungen vorszunehmen. Jede Person, die den Behörden Widerstand entgegenstellt, wird mit Todesstrafe bedroht. Das britische Konsulat hat die britischen Untertanen gewarnt, sich nach einsamen Stellen zu begeben, und ihnen geraten, Revolver an tragen. Einige ägyptische Blätter, die für die Unabhängigkeit Ägyptens eintreten, verurteilen die funflosen Anträge, die den wirklichen Interessen Ägyptens schaden könnten.

### China.

Vom Schweinhirt zum Diktator. Aus Tientsin kommt die Nachricht, daß der Generalsouverain der Mandchurie, der mächtigste Mann im heutigen China, General Schang-ho-lin durch einen Staatsstreich sich Pekings bemächtigt hat. Er wollte den Maréchal Tuon-ji-chu, den früheren Premierminister, abringen, als Strohmann die Gesichter der Regierung weiterzuführen. Der Maréchal ist darauf als Mönch verkleidet nach Tientsin geflossen und hat erklärt, er wolle mit Politik nichts mehr zu tun haben. Schang-ho-lin wird also wohl auch formell die Stellung annehmen müssen, deren Macht er bereits tatsächlich besitzt. Ein englischer Berichterstatter, der in Peking den General näher kennen gelernt hat, entwirkt im Daily Express ein Charakterbild des „Napoleons von Pukien“, der der gefürchtete und obdachlose Mann im heutigen China ist. Der kleine schlanke Mann mit den feinen Händen und den flugen Gesichtszügen, der vor ein Chinesen der oberen Klasse aussieht, kommt nichtsdestoweniger aus den Tiefen des Volkes. Er begann sein Leben als Schweinehirt, segte dann seinen Aufstieg als Rinderhauptmann fort, ein Beruf, der in der Mandchurie nichts Ungewöhnliches und Ehrenvolleres hat. Dann schwang er sich zum Beherrischer der drei nördlichen Provinzen von China auf und sammelte ein Heer von 100 000 Mann, die ihm unbedingt ergeben sind. Mit dieser, in dem gezwungenen und obmächtigen China gewaltigen Macht hält er Peking in Schach, das er mit einem Bataillon seiner Heraldschaft unterhält. Aber er hat nicht nur Soldaten, sondern auch Geld. Er verfügt vollkommen frei über die Einkünfte seiner drei Provinzen und ist daher imstande, wenn es nötigt, mit Vermittlern einzuspringen. Als eine Bank vor einigen Wochen vor dem Zusammenbruch stand, gab ihr Schang drei Millionen Dollars unter der Bedingung, daß einer seiner Anhänger Direktor wurde. Er hat auch einige englische Fluggesellschaften gekauft, um einen Postpostdienst in seinen Provinzen einzurichten. Er ist 44 Jahre alt, so wird uns der neue Diktator Chinas geschildert, blickt sanft und spricht mit einer leisen verbindlichen Stimme; er trägt das gewöhnliche schwarze Seiden Gewand des chinesischen Edelmannes; ein kleiner Diamant in dem roten Knopf seiner Mütze ist das einzige Zeichen seiner Macht. Seine Augen, seine Zunge, sein Mund, sein Schnurrbart, alles ist gewöhnlich. Nur die Hand, in der er die Zigarette hält, ist zart und fein; aber man weiß, daß diese Künsterhand rascher einen Revolver abfeuern können, als irgendwelche andere Hände in China. Er ist beständig von Meuchelmördern umdroht und führt in einem gepanzerten Daimler-Kraftwagen, teils von einer getrennten Garde umgeben. Doch das sind nun einmal die „Gesetze des Diktators“.

## Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 22. Februar 1922.

Die Verhandlungen mit den Spurenorganisationen verlaufen.

\* Berlin. Die für heute, Mittwoch, angelegten Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium mit den Spurenorganisationen der Eisenbahnerbeamten und den Gewerkschaften über das Arbeitszeitgesetz sind auf anfangs nächster Woche verschoben worden. Die Vertragsfeste erfolgen, weil die Organisationen eine Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht haben, die zur Zeit einer Prüfung unterzogen werden.

Die Streikfahrt bei den Eisenbahner noch nicht beendet.

\* Berlin. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht am heutigen Mittwoch eine ausführliche Rückreise aus Eisenbahnerkreis, in der darauf hingewiesen wird, daß die Streikfahrt bei den Eisenbahner noch nicht beendet ist. Der Reichsverkehrsminister sei es von vornherein auf eine Kraftprobe angewandt, die den Führern so gut gefallen zu haben scheint, daß man mit der Möglichkeit einer Wiederholung rechnen kann. Dieses zweite mal soll der Kampf unter Verbreiterung der Front geführt werden, wozu Massenversammlungen im ganzen Reich demnächst abgehalten werden.

## Schiedsgericht im Mansfelder Bergarbeiterstreit.

Halle. In Sachen des Mansfelder Bergarbeiterstreits wurde heute nacht in den vom Reichsarbeitsminister nach dem Oberbergamt in Halle einberufenen Verbündungen folgender Schiedsgericht gefällt: Allen Arbeitern über 21 Jahre wird eine Lohnverdopplung von 11 Mark pro Schicht (gefordert waren 20 Mark) zugestimmt. Arbeit unter 21 Jahren werden anteilig gestaffelt wie bisher im Tarif entlobt. Der Schiedsgericht geht ferner dahin, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden soll. Beide Parteien haben sich über die Annahme oder Ablehnung bis zum 24. 2. zu erklären. Die Organisationskreisfrage wurde nicht verhandelt.

### Französischer Unterricht im Saargebiet.

\* Frankfurt am Main. Die „Frankfurter Sta.“ berichtet aus Saarbrücken: Der Rektoratsskommissar für Kultus und Schulwesen hat nunmehr die Einführung des fakultativen französischen Unterrichts in den Volksschulen des Saargebietes verfügt.

### Die Verhandlungen wegen Genua.

\* Paris. Davas berichtet aus London: In amtlichen Kreisen heißt es, daß man gestern abend einen besseren Eindruck hinsichtlich der Regelung der diplomatischen Debatte über die Konferenz von Genua. Es heißt, daß die Eindrücke infolge der getroffenen Verhandlungen zwischen Polen und Nord Italiens entstanden sei. Es berichtet die Ansicht, daß die Frage der Garantien im Laufe dieser Woche geregelt werden könnte. Die alliierten Sachverständigen trafen am Montag unter Beteiligung der französischen Regierung zusammen.

Eine Neutrale bestätigt, daß die britische und französische Regierung seien übereinstimmend der Ansicht, daß alle wichtigen Fragen, die zum Stillstand der Sachverständigen geblieben, durch direkte Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten bzw. Außenministern Großbritanniens und Frankreichs, oder auch zwischen diesen beiden bevollmächtigten Ministern behandelt werden sollen.

### Der Kurs des Sowjetrubels.

\* Moskau. Die leichten von der Russischen Nationalbank veröffentlichten Tabelle sind folgende: 1 Pfund Sterling 2 500 000 Rubel, 1 Dollar 530 000 Rubel, die deutsche Mark 2500 Rubel; ein goldenes Schuhstückstück wird mit 2 700 000 Sowjetrubel gehandelt.

### Lloyd George geht nach Paris.

\* London. Der diplomatische Berichterstatter der Daily Chronicle erfaßt, daß Lloyd George die Abfahrt habe, sich am Sonntag nach Paris zu begeben, um mit Briand die verschiedenen Fragen zu beraten, die die Beziehungen zwischen Frankreich und England berühren. Man erwartet, daß insbesondere die Frage der Konferenz erörtert und daß, wenn möglich, ein Einvernehmen über deren Zeitpunkt erzielt wird. Man hofft in diesen ministeriellen Kreisen, daß die Verschiebung der Genuaer Konferenz, die wie erklärt wird, infolge des Sturzes des italienischen Regierung unvermeidlich erscheint, nicht von langer Dauer sein werde. Selbstverständlich wird es auch von der französischen Regierung abhängen, ob die Konferenz bald stattfinden kann.

\* London. Der römische Berichterstatter der „Times“ erfaßt von amtlicher Stelle, daß aus Rom an den Genuaer Auslauß für die Vorbereitung der Konferenz Anweisungen ergangen sind, in denen als wahrscheinlicher Zeitpunkt für den Beginn der Konferenz der 23. März angegeben wird.

### Nachlassen der Spannung zwischen Paris und London.

\* London. „Daily Telegraph“ verlautet, daß infolge der Unterredung des britischen Botschafters in Paris mit Briand am Montag und der gestrigen Unterredung zwischen Lord Curzon und dem britischen französischen Botschafter die Spannung zwischen Paris und London merklich nachgelassen habe. Man sei jetzt übereingekommen, daß nicht nur die französischen Sachverständigen in London mit ihren alliierten Kollegen zu Beginn der nächsten Wahlen wegen der Vorbereitungen zur Genuaer Konferenz zusammenwirken werden, sondern daß, wenn sich irgend welche besondren Meinungsverschiedenheiten über die politischen Fragen der Konferenz ergeben, Briand und die anderen französischen Minister sie mündlich in einer Zusammenkunft mit den fremden Ministern erörtern. Paris besteht nicht weiter auf einer formellen Antwort auf Briands Memorandum. Dem gleichen Blatt zufolge scheinen augenblicklich nur in der Frage des nahen Ostens die Ansichten in London und Paris unvereinbar zu sein.

### Die internationalen Verbrechen in London.

\* London. Reuter berichtet, daß an der gestern hier abgehaltenen Sitzung des Organisationsausschusses der internationalen Korporation außer Vertretern Englands, Frankreichs, Italiens und Japans auch zwei Vertreter der Vereinigten Staaten teilgenommen haben. Amerika sei inoffiziell vertreten gewesen durch die Herren Sheldon und Forbes von der Firma Blaik & Co. Die britischen Vertreter hätten eingehende Berichte über die verschiedenen Fragen vorbereitet.

### Konvent der Sinn-stein-Organisation.

\* Dublin. Gestern ist hier der Konvent der Sinn-stein-Organisation unter Befehl de Valera zusammengetreten, um darüber Besluß zu fassen, ob der Konvent dem englischen Vertrag zustimmt. Wie von de Valera vorgeschlagene Entschließung lautet u. a.: Solange die internationale Anerkennung Irlands als unabhängige Republik nicht gegeben ist, wird die Sinn-stein-Organisation fortfahren, auf das Ziel der Anerkennung der Republik hinzuarbeiten. Bei den nächsten Wahlen zum Parlament wird die Organisation nur die Kandidaten unterstützen, die sich verpflichten, dem König keinen Treueid zu leisten und die Zugehörigkeit zur britischen Krone nicht anzuerkennen. Die Entschließung wird nicht vor heute erwartet. — Griffith brachte seinerseits eine Entschließung ein, wonin der englisch-irische Vertrag gebilligt wird, da er dem irischen Volke wahre Freiheit gebe.

### Bermishes.

100 Millionen Kronen verloren. Der „Solanzeiger“ berichtet aus Halle: Der Bankier und Kaufmann Stanislaus Graus, früher Verwalter einer Trierer Sparkasse, wurde wegen Verleumdung von 100 Millionen Kronen verhaftet. Er war bereits früher einmal verhaftet worden, als er eine Million Kronen nach Hohen schafft wollte. Damals wurde er mit einer Geldstrafe von 20 000 Mark belegt.

## Nebenbestellungen ab 1. März

zum Bezug des täglich erscheinend. Riesiger Tagesschiffes wird von allen Postanstalten, an den Zeitungsträgern und von der Poststelle, Gethse, 59, angenommen. Der Bezugspunkt auf März 1922 ein. Alljährlich Bringerlohn beträgt Mark 11.—.

### Sport.

Riesaer Sportverein e. V. Nach längerer Zeit hat Riesa am kommenden Sonntag wieder ein großes sportliches Ereignis. Die Vogel des Sportfreunde-Leipzigs wird dem neuen Meister Nord Sachsen, der 1. Mannschaft des Riesaer Sportvereins, auf dem Schwarzen Platz im Werbespiel begegnen. Den Gästen steht ein ausgesuchtes Kulinarium. Die Leipziger Sportfreunde sind alte angesessene Dresdner Gäste, die vor dem Kriege in bedeutenden Kreisen unserer jungen mitteldeutschen Sport weltweit in Deutschland waren erstaunlich und ehrenvoll vertreten hat. Manchem unter den Anhängern unserer schönen Sache werden beim Lesen des Namens "Leipziger Sportfreunde" Erinnerungen an Seiten auftauchen, da Leute wie Hempel, Sportfreunde unter Deutschlands Befrei waren, während ihre Vaterland in großen Kämpfen in Ehren zu vertreten. Der Krieg machte dann all dem Streben nach der Höhe sportlicher Ehre ein Ende. Junges Blut ist nun wieder in die Kämpfe derer von einst getreten und steht jetzt im Kampf um die alte Ehre. Mancher aber von den Kämpfern vergangener Zeit steht noch heute auf dem Posten, der Jugend ein leuchtendes Vorbild eines wahren deutschen Sportsmannes. Und den Jünglingen um ihn herum leuchtet das Feuer edler Tapferkeit und Begeisterung aus den Augen. Sie kämpfen und streben, es ihm gleich zu tun — Männer zu werden wie er, voll Liebe zur großen schönen Sache unseres Sports. Und so sollen sie uns geehrt sein, unsere Gäste aus der Freiestadt. Nord Sachsen junger Meister will aus dem Spiele lernen, will seine Kräfte stärken zum Kampf um die Kreismeisterschaft, einen Höhepunkt, den noch nie eine nord sächsische Mannschaft erreichen konnte. Aufwärts geht der Weg des Vertreters unserer Heimatstadt, der 1. Mannschaft des Riesaer Sportvereins. Der kommende Sonntag wird zeigen, wie weit der Nord Sachsenmeister vorwärts gekommen ist auf seinem Weg zur Höhe!

## Weltreise brandefund. Verkäuferin

für mein Kleiderstoff, Wäsche- und Konfektionsgeschäft gesucht. Antritt nach Vereinbarung. Angebote mit Gehaltsansprüchen erwarten. Auf Wunsch Kost und Logis im Hause.  
J. T. Kolbe, Oschatz I. Str.

Zum 1. April suche ich ein tüchtiges zuverlässiges

## Mädchen

mit guten Kochkenntnissen, möglichst nicht unter 28 Jahren. Frau Gertrud Hasse,  
Goethestraße 1.

## Erfahrene erste Verkäuferinnen

(nicht unter 20 Jahren)  
der Herrenartikel, Trifotagen, Wäsche,  
Volantinen- oder Bekleidungsbranche  
— bei hohem Gehalt gesucht. —  
Offeraten mit Bezugsnachrichten und  
Photographien an

## F. B. Eulitz, Leipzig

Grimmaische Str. 30.

### Bezugscheinfrei!

Erstklassige

### Liesba-Stückföhle

sowie

### Siebföhle, Förderföhle

kann in jeder Menge ohne Bezugschein und  
ohne Meldekarre abgeholt werden von

Braunkohlengrube „Bogelsfreude“  
bei Rothenstein (Kreis Liebenwerda)

Von Wabrenbrück.

## Wer eine offene Stelle schnell zu besetzen wünscht

sollte deswegen keine Anzeige im täglich erscheinenden "Riesaer Tageblatt" veröffentlichen, das durch seine Verbreitung bei der Einwohnerschaft in Riesa und in den angrenzenden Landortsschaften für Stellenanzeigen das gegebene Hilfsmittel ist. — Anzeigenannahme täglich von der Geschäftsstelle in Riesa, nur Goethestr. 59.



## Vereinsnachrichten

Militärberein I Riesa. Zur Beerdigung unseres verstorbenen Kameraden Friedr. Herm. Weißger stellt der Verein Freitag, 24. Febr., 12.30 Uhr im Krempling. Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Oberverein. Donnerstag, 23. d. M., punkt 8 Uhr Aula. Vollständig! Wichtige Mitteilungen! O. e. V. Morgen Donnerstag abend 8 Uhr wichtige Mitgliederversammlung in der Dampfbadewanne. Spiel- u. Sport-Abteilung im Tv. Riesa. Donnerstag, 23. Febr., abends 7.30 Uhr Monatsversammlung in Stadt Dresden. Jahresprogramm 1922 für Spiel u. Sport. Frauenverein Riesa. Generalversammlung findet Donnerstag, 23. Febr., nachm. 8 Uhr in Konditorei Möbius statt. Um recht zahlreiches Schreinen wird gebeten. Frauenverein Gröba. Versammel. ausnahmsweise Freitag, 24. Februar, nachm. 8 Uhr bei Heumann.

## Kammerlichtspiele

Hausstraße

Infolge des großen Erfolges des Films „Der Eid des Stephan Heller“  
1. Teil vor mein Vorbieler gesungen, den Film um einen Tag zu  
verlängern und kann deshalb erst ab heute hier gezeigt werden.

Anfang heute und morgen 7 und 9 Uhr.

Ab Freitag „Der Zirkuskönig“

## Hotel Deutsches Haus.

Am Donnerstag, den 23. d. M.

## Schindfett — Riedel-Bodßler.

Aug. Gomoll.



## Riesaer Sportverein e. V. Riesa.

### Hoch-Abteilung.

Donnerstag, 23. 2., abends 7.30 Uhr  
Café Barth 1. Zusammenkunft der Herren,  
auch Nichtmitglieder, die am Stockholmpiel  
Interesse haben, wollen plötzlich erscheinen.  
Der Vorstand.

## L.-R. Gemeinschaft, Gröba, Steinstr. 30.

### Lichtbilder-Vortrag

Donnerst. abends 7 Uhr f. Kinder, Freitag abends 8 Uhr f. Erw.

Am 19. Februar verschied nach schwerem Leiden  
im Stadtkrankenhaus zu Riesa unser Kollege

## Paul Wäsch.

Wir verlieren in dem Entschlafenen ein  
treues Mitglied und werden seiner immer  
gern gedenken.

Generalverband der Angestellten  
Ortsgruppe Riesa.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme  
beim Hinscheiden unserer geliebten Entschlafenen

## Stau Berta Auguste Zinke

sprechen wir hiermit unsern herzlichen Dank  
aus. Besonderen Dank Herrn Pierer Leich-  
mann für die tröstenden Worte und Herrn  
Lehren Vogel und der Schule Döbendorf für die  
lechte Uebung.

Haidehäuser, 21. 2. 1922.

Der tieftauernde Gotts Franz Zinke  
und Kinder.

Geliebt, beweint und unvergessen!

Für die vielen Beweise der Liebe und Un-  
teilnahme bei der Beerdigung unseres teuren  
Entschlafenen

## Herrn Johann Bürgel

sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Riesa, den 21. Februar 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dienstag nacht 2 Uhr entschlief nach kurzer  
Krankheit ruhig und sank mein lieber Mann,  
unser guter Vater, Groß- und Schwiegervater

## Hermann Weißger

im Alter von 54 Jahren.

Dies zeigt tiefschwarz an  
die trauernde Gattin Antonie Weißger  
nebst Kindern und Angehörigen.  
Riesa (Hauptstr. 59), Ründeroth, Herzogswalde,  
den 22. Februar 1922.

Die Beerdigung erfolgt Freitag, 24. Febr.,  
nachm. 1.30 Uhr von der Friedhofshalle aus.

Nach langen Zelten entschlief gestern morgen  
mein lieber Mann, mein guter Vater

## Herr Bruno Reinhardt.

Im Alter von 54 Jahren.

Gebürtig Reinhardt und Tochter Hildegard,  
Riesa, Voigtiger Str. 33, 22. Febr. 1922.

Beerdigung erfolgt Freitag nachm. 1.30 Uhr  
von der Friedhofshalle aus.

Unserem lieben  
Reinhard Karl

an seinem 70. Geburtstag  
die besten Glückwünsche  
von seinem Meister  
und Werkstattkollegen.

Will Karl ob Frau, die  
Mutter u. Wäsche mitbringt,

frdl. Zimmer freit.

zu erst. im Tageblatt Riesa.

Monteur sucht mögl.

Zimmer ev. m. Pension

Angebote unter P 8 8450  
an das Tageblatt Riesa.

Möbl. Zimmer

möbl. mit Klavier, zu mieten  
gesucht. Off. unter P 8 8450  
an das Tageblatt Riesa.

Mk. 20000.—

als zweite Hypothek

auf Landhaus gesucht.

Angebote unter P 8 8457  
an das Tageblatt Riesa erbeten.

Festtagsleiter in Riesa sucht

6000 Mark umgehend von

Selbstarbeiter zu leihen an-

genommen. Verbindung, Rück-  
zahlung nach Ueberrechnung.

Off. u. P 8 8451 an Tageblatt Riesa.

Suche für Villa in Dresden

1 Köchin

1 Stubenmädchen.

Melden bei Fr. Braune,

Niederlagstraße 12, v.

Aufwartung

für 2 Std. vorm. ab 1.30

Uebermarkt 85a, 1.

Suche 17—18 Jahre altes

Mädchen

für Geschäftshaushalt

möglichst vom Lande.

Offeraten unter P 8 8445  
an das Tageblatt Riesa.

Saubere Wäschfrau gesucht.

Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Eine Magd

und ein jüngerer knecht

gesucht. Döbelitz, Röderau.

Für junges Mädchen wird

Lehrstelle

bei gepr. Schneidermeisterin

gesucht. Off. unter P 8 8446  
an das Tageblatt Riesa.

Knecht 18 bis 20 Jahre,

bes.lein jüngerer,

auch durch Vermittlung, gesucht.

Ritter, Ritterberg

bei Staudach.

Gesucht Knechte u. Mägde

jed. Alters, sow. Ostermädchen

u. jungen in sehr gute Stellung.

Fahrgäste nach Hause w. 2 mal

Jähr. vergütet. Mietfrau

Dominisch, Leuben b. Riesa.

Geschäft

gleich w. Branche, evtl. mit

Grundstück, s. kaufen gesucht

gegen Haustausch in Strela.

Offeraten unter P 8 8449  
an das Tageblatt Riesa.

Hochtrag. Ziege

für 600 Mark zu verkaufen

Neugrätz, Weidaer Str. 20, 1.

Generalversammlung

mit wichtiger Tagesordnung

in üblicher Weise. Um voll-

ständiges Schreiben bitten

der Obermeister.

Wünsch's

Marienetten-Theater

Riesa, Hotel Kronprinz

Donnerstag, den 23. Februar,

und Freitag, den 24. Februar.

Eintritts-Abschied!

Kasper, der lustige

Lumpensammler.

Urtspiel in 5 Akten.

Herauf im Theatrum mundi

Bingen am Rhein.

Anfang 8 Uhr.

Bruno Wünsch.

F.

## Negierende und Nichtregierende.

In einer seiner Reichstagsreden erzählte Bérenger Béton vor Beeten eine hübsche Geschichte aus seiner Gesandtschaft in Russland. Dort war ein Abgeordneter der Opposition Minister geworden und seine Regierungsbürokeit bestand höchstens in vollem Widerspruch zu den Prinzipien, die er früher vertrat. Béton hielt ihm das eines Tages vor, aber der Rumäne erwiderte ihm schmunzelnd nur: "Mein lieber Graf! Sie glauben garnicht, wie das Regieren den Menschen verändert!" Diese kleine Geschichte, die als Motto vor monatelang Dingen stehen könnte, die man heutzutage in und außerhalb Deutschlands erlebt, kann füglich auch auf den Koß gestellt werden, und nicht nur am Aquith, Grenz, Ritter, Vanling, sondern auch an Staatsmännern näher liegender Länder läßt sich zeigen, wie das Nichtregierungsregieren die Menschen ändert. Im allgemeinen besteht der Unterschied zwischen Regierenden und Nichtregierenden darin, daß die einen, um mit Schönauer zu reden, mehr dem Willen, die anderen mehr der Vernunft Gere erwerben. Die einen sind mehr Ziel, die anderen mehr Wahrheitssucher, die einen sehen die Dinge mehr wie sie sie wünschen, die anderen mehr wie sie sind.

Herr Doucheur war in seiner Amtszeit keineswegs der schlimmste Teil des Negierenden. Seine Wege waren unster und unklar, aber sie waren dennoch wie der Sturz des ganzen Brundab nettes bewußt, mitwirkend die Regierung unter unglaublich alter Parole gewählten und von unglaublichen Wahlvorstellungen befehlenden französischen Hammer, die ihm schließlich das Genick brach. Zu seinem Maximum von Regierungskommanie war Doucheur, der ein großer Industrieller und erfolgreiches Kaufmann ist, der also gelernt hat, mit Jahren und nicht mit Lebensjahren zu operieren, nicht der geeignete Mann. Aber das Koß der Regierenden erschafft sich bis zu gewissem Grade auch an ihm; auch er fühlt sich im Grunde geswungen, auf die befehlenden Vorstellungen und Überzeugungen seiner Käuflichen Rückicht zu nehmen, von denen seine politische Existenz abhängt; auch er mußte, wenn er in seinem Amte bleiben wollte, unpopuläre Dinge oft verschweigen oder unterlassen; auch er mußte, selbst wenn in seinem Geiste das ewige Licht des Wahrheitsgottes bereits aufgedämmt war, in der Öffentlichkeit dennoch beim Erfolgsjubel über bringen, ohne dessen Gestalt er selbst das bekränzte Maß vernünftiger Einwirkung nicht enthalten konnte, zu dem er sich befähigt und berufen glaubte.

So waren also auch die Taten und Neuerungen eines relativ proktischen und lebensstilistischen Regierenden wie Doucheur von den Illusionen seiner Parlamentarier und Publizisten angeleitet. Was nunmehr in sein Verhältnis zu Deutschland andrangt, so waren trotz gelegentlicher achtungswürdiger Verständigungserfolge doch immer wieder Missfälle in jene verbündeten Methoden und Ausdrucksformen zu verzeichnen, ohne die in Frankreichs heutiger Deputiertenkammer ein Ministerium einfach nicht zu existieren vermöge. Aber es kam der Tag, an dem aus dem Regierer Doucheur ein Nichtregierender wurde, und dieser Tag hat ihm offenbar ein weiteres Teil seines Schutes von Kapital und Rücksichtnahmen hinweggeräumt. Unter dem er seine besten Erkenntnisse monate und Jahrzehnte verloren musste. Am Montag hat er zum ersten Male seit seinem Sturz öffentlich wieder das Wort ergreift, und was er diesmal sagte, war, wenn die bis jetzt vorliegenden Berichte zutreffend sind, absurd, daß auch wir Deutsche es fast vollständig unterschreiben können.

Er sprach vom Reparationsproblem und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Er sagte, im Gegensatz zu vielen seiner Parlamentariergenossen, die eine Stärkung der deutschen Reparationsfähigkeit einfach davon erwarten, daß Deutschland seinen Eigenverbrauch herabsetze, die Methode verminderter Konsums müsse, wie die zwei Nationen englischer Arbeitlosigkeit beweisen, nur zu neuen Störungen der Weltwirtschaftsbeziehungen führen. Er sagte, daß einige Mittel, Deutschland zahlungsfähig zu machen, bestehen darin, daß man ihm Gelegenheit gebe, seine Produktion zu erhöhen und, vor allem, dieser vermehrten Produktion auch Absatz zu schaffen. Er sagte auch, daß es vielleicht überhaupt am Platze sei, die Reparationslasten erheblich abzumindern und zwar auf dem Wege, daß man die gesamte internationale Weltwirtschaft als Gesamtheit betrachte, daß Frankreich Reparationsansprüche an England aufzugeben, England dafür Aufschlußbrüche an Frankreich zu streichen und Amerika endlich in eben demselben Betrag die Verpflichtungen Englands aus Kriegsschäden zu reduzieren; die Amerikaner seien es, die einer solchen Regulierung noch Widerstand leisten, und er müsse darum sagen, so sehr man den Amerikanern darüber dankbar sein müsse, daß sie den Sieg mit erstritten hätten, so wenig könne er ihnen dafür dankbar sein, daß sie diesen Weg zum wahren Frieden nicht mitscheinen wollten. Dies alles sind Wendungen, die aus dem Mund eines französischen Parlamentariers, in dieser Art fast sensationell wirken, dies alles sind Erkenntnisse, die den Nichtregierenden Doucheur bereits viel weiter vorgeschritten zeigen, als den Regierenden Doucheur — und gewiß als den Regierenden Poincaré, der ihm folgte.

Der Nichtregierer Doucheur sprach in Lyon vor einer Versammlung von Nichtregierenden. Vor einer Versammlung von Kaufleuten, Industriellen und Landwirten, deren Gesamtinteresse mehr von den verhältnismäßigen Sorgen ihrer eigenen Wirtschaft, als von den politischen Spannungen ihrer derzeitigen parlamentarischen Vertreter erschafft sind. Der Beifall, den Doucheur fand, scheint ein neuer Beweis dafür, daß spätestens bei Ideen auch dieser Art von Nichtregierenden Doucheur — und gewiß als den Regierenden Poincaré — der ihm folgte.

Der Nichtregierer Doucheur sprach in Lyon vor einer Versammlung von Nichtregierenden. Vor einer Versammlung von Kaufleuten, Industriellen und Landwirten, deren Gesamtinteresse mehr von den verhältnismäßigen Sorgen ihrer eigenen Wirtschaft, als von den politischen Spannungen ihrer derzeitigen parlamentarischen Vertreter erschafft sind. Der Beifall, den Doucheur fand, scheint ein neuer Beweis dafür, daß spätestens bei Ideen auch dieser Art von Nichtregierenden Doucheur — und gewiß als den Regierenden Poincaré — der ihm folgte.

## Deutscher Reichstag.

wb. Berlin, 21. Februar.

Der Reichstag erledigte in seiner Dienstaufstellung zunächst eine Reihe kleiner Anträge. Besonders bemerkenswert war dabei die Erklärung eines Regierungsvertreters, daß alle Länder übereingkommen seien, den Beginn des Schuljahrs vom 1. April 1922 ab einheitlich zu Ostern einzutreten zu lassen. Auf eine größere Anzahl von Anträgen wegen neuer im besetzten Gebiet vorgenommener Raubüberfälle und Angriffe auf Frauen wird regierungseitig erklärt, daß die Bekämpfung sich in Unterfuchungsarbeit befinde, weiteres aber noch nicht bekannt sei. In anderen Fällen sei die Unterfuchung eingeleitet. Auf eine Anfrage wegen Entschädigung der von den Russen 1914 beschleunigten Deutschen des Memellandes wird erwidert, eine Entschädigung könne nur den im Reichsgebiet ansässigen Deutschen gewährt werden, was für das Memelland nicht mehr zutreffe. Auf eine Anfrage des Abg. Beckmann (B.) wegen Maßnahmen zur Befreiung der noch immer

## Deutsche Vertreter reisen nach London.

### Die Tagung des internationalen Finanzkonsortiums.

Aus London wird gemeldet: Gestern fand unter dem Vorsitz von Lord Inverforth eine Zusammenkunft des Organisationsausschusses der internationalen Konsortien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas statt, um die Grundlagen zu erörtern, auf der nationale und internationale Konsortien zur Verbesserung der Wirtschaftsverhältnisse in Europa gebildet werden können. Die geplante Zusammenkunft ist die erste einer Reihe von Zusammenkünften, die in den nächsten zwei bis drei Tagen stattfinden werden. Es nehmen daran teil Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens, Belgien und Japans. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich. Lord Inverforth gab der Ansicht Ausdruck, daß der Ausschuß erst nach Beendigung seiner Beratungen eine Mitteilung zur Veröffentlichung ausschließen könne.

Aus Berlin wird gemeldet: Wie der "Lokalanzeiger" von unterrichteter Seite erzählen haben will, sollen nachgebende englische Kreise die Nichtregierung davon in Kenntnis gebracht haben, daß sie die Unwesenheit deutscher Vertreter in London bei den Sitzungen des Finanzkonsortiums für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas sehr gern leben würde. Daraufhin sollen sich die deutschen Vertreter, unter denen sich Staatssekretär Bergmann und Generalrat Kämpfer befinden, nach London begeben haben.

### Frankreich verlangt die Aufschließung der Konferenz von Genua.

Die französische Regierung hat gestern der deutschen Regierung in einer Note mitgeteilt, daß sie bei der italienischen Regierung unter Hinweis auf die im Memorandum des französischen Ministerpräsidenten geltend gemachten Gründe die Aufschließung der Konferenz von Genua beantragt habe.

### Die englisch-französischen Verhandlungen.

Über den Stand der Verhandlungen, die zwischen der französischen und der englischen Regierung über die Konferenz von Genua geführt werden, schreibt "Journal des Débats" offenbar bestimmt: Den aus Paris und London stammenden Auskündigungen zufolge scheint es, daß die britische Regierung auf dem Standpunkt befindet, die interalliierten Sachverständigen sollten unverzüglich in London zusammentreten. Der englische Vertreter habe diesen Standpunkt bei einem Besuch bei Poincaré von neuem vertreten. Andererseits habe es nicht den Anschein, als ob die französische Regierung ihre Auffassung geändert habe. In Paris sei man nach wie vor der Ansicht, daß die außerordentlich wünschenswerte Sachverständigenkonferenz tatsächlich nur dann erfolgreich wäre, wenn die französischen Sachverständigen, die zurzeit in Paris arbeiten, vorher die technischen Fragen geklärt und der englische und französische Standpunkt auf diese Weise einen Ausgleich gefunden hätte.

Die "Times" erläutert, daß vorgestern in London Nachrichten eingetroffen seien, wonach die französischen Sachverständigen, die man am nächsten Freitag erwartete, in dieser Woche noch nicht kommen könnten. Sie hofften, nächste Woche nach London abreisen zu können.

Der englische Staatsanwalt Sir Robert Horne wird in einigen Tagen in Paris mit Finanzminister de Lasteyrie zusammenzutreffen. Sie werden gemeinsam die Fragen prüfen, die mit dem Reparationsproblem verbunden sind, nämlich das Abkommen von Wiesbaden, das Abkommen vom 13. August, die Festlegung der Kosten für die Besatzungsarmee und die Verteilung der deutschen Zahlungen. Die Reparationskommission wird sodann ihrerseits die Frage des Moratoriums, das Deutschland gewährt werden soll, sowie die dafür zu fordern den Garantien prüfen.

### Die England zugeschlossenen Reparationsbeiträge.

Im englischen Unterhaus teilte Sir Robert Horne mit, daß die Reparationsbeiträge, die England von Deutschland bis zum Schluss des laufenden Finanzjahres erhalten habe, wahrscheinlich nicht ausreichen werden, um die Kosten des britischen Besatzungsheeres zu decken. Daher würden

in Frankreich zurückgehaltene achtjährige Tochter des Arbeiters Schumann in Köln wird erwidert, die nötigen Schritte seien auf diplomatischem Wege eingeleitet.

Es folgt die erste Lektüre eines

### fünften Nachtragetats.

Frau Abg. Munck (Soz.) fordert sozialere Gestaltung der Beamtenbefördlung und größere Verlängertigung der unteren Beamtenstufen. So dürften die Wirtschaftsbeamten dieses Nachtragetats nicht den höheren Beamten zufließen. Die freie Betriebswirtschaft hat völlig versagt. Amerikanisches Beispiel ist heute billiger als die deutsche. Das Umlagegetreide ist zwar von den kleineren und mittleren Bauern abgeliefert worden, nicht aber von den Großagrariern, die gleichzeitig schlimmste Steuerhinterziehung und Steuersabotage treiben. Manche Familie muß jetzt selbst den Brotverbrauch rationieren, weil sie das Brot nicht mehr bezahlen kann, und weil die Erhöhung der Brotne in seinem Verhältnis zu den Brotpreisen steht. Bei den Kartoffeln und dem Zucker liegen die Verhältnisse nicht anders.

Abg. Dr. Hirsch (Unabh.) wirft der Landwirtschaft vor, daß sie kein Verantwortungsgefühl besitzt; ihr Verhalten nötigt die Regierung geradezu zu Zwangsmassnahmen. Durch ungeheure Betriebsverluste vieler Großagrarien sei die Landwirtschaft zu stark mit Blaues beliefert worden. Die Schuldigen sind immer noch nicht bestraft, obwohl das Ernährungsministerium das Material in Händen hat.

Abg. Schiele (Dnat.): In den Angriffen der Kommunisten und Unabhängigen zeigt sich die ganze Unaufmerksamkeit unseres parlamentarischen Systems. Die Verteilung der Maisscheine im Verhältnis 1 Bantner Getreide zu 1½ Bantner Mais ist auf Entscheidung des Reichstages unter Zustimmung der Mehrheitssozialisten erfolgt. Durch das Brennen von Mais sind Kartoffeln für die Volksernährung freigeschafft. Seit November war aber infolge der Röte die reguläre Belieferung der Großstädte mit Kartoffeln unmöglich, dazu kam mangelhafte Lagerhaltung und später infolge des Wirtschaftstages und des Eisenbahnerstreiks die Verluste von 300000 Tonnen Kartoffeln durch Frost. Bei der Getreideumlage sind infolge idematischer Bedienung und ungerechter Veranlagung ungewöhnliche Schwierigkeiten entstanden. Die Umfrage hat nicht die Brotverfügung gefordert, sondern nur der Landwirtschaft eine ungeheure Steuer auferlegt. Ohne Umfrage wurde das Brot im freien Handel nur 5.40 Pfund kosten. Die Getreideerzeugung ist seit dem Sommer vorigen Jahres wesentlich gestiegen. Der Minister sollte sich aber bei der Behandlung der Landwirtschaft nicht von politischen Strömungen beeinflussen lassen.

diese vorläufig nicht auf Reparationsrechnung eingetragen werden.

### Deutsche Farbstofflieferungen an England.

Die englische Regierung teilte mit, daß das Gesamtgewicht der Farbstoffe, die England von Deutschland auf Reparationsrechnung bis zum 31. Dezember erhalten habe, 4050 Tonnen betrage. Hierfür seien Deutschland 577000 Pfund Sterling, d. h. 140 Pfund Sterling für eine Tonne gutgeschrieben worden.

### Streikbewegung in Mühlhausen.

Aus Paris wird gemeldet: Nach einer Meldung der Presse aus Mühlhausen hat eine dortige Weberei, nachdem Montag der größte Teil ihrer 4000 Arbeiter durch passiven Widerstand gegen die Herabsetzung der Löhne protestiert hatte, geschlossen. Ihre Werkstätte gehören zu solchen. Die Gewerkschaftsarbeiter hätten den Streik beschlossen. Anfang Februar gewährten Gewerkschaften in Mühlhausen und Umgebung zum Feiertag gewährt. Gestern gewährten Gewerkschaften bereits Feiertagsarbeiter nicht mehr arbeiten können.

### Ein neuer Zwischenfall in Gleiwitz.

Aus Breslau wird gemeldet: Am Sonntag abend gegen 9 Uhr ereignete sich in Gleiwitz folgender Zwischenfall: Aus einem Speisehaus traten drei französische Soldaten, von denen einer einen Revolver in der Hand hielt, ancheinend in angehobtem Zustande, auf die Straße. Die Franzosen riefen einer Gruppe von Bürgern an "Hände hoch". In demselben Augenblick feuerte der bewaffnete Franzose auf die Bürgervor, ohne jemanden zu treffen. Der an der nächsten Straßenecke postierte diensthabende Polizeiinspektor Rüsenberg trat auf die Straße zu und forderte die Leute in ruhigem Tone zum Auseinandersetzen auf. Ohne ein Wort zu sagen, erhob der bewaffnete Franzose seinen Revolver gegen den Beamten und schrie ihn durch einen Kopfschlag nieder, worauf die Franzosen die Flucht ergreiften.

Wie der "Lokalanzeiger" aus Breslau meldet, konnten die drei Franzosen, die in dem Gleiwitzer Stadtteil Petersdorf den Platz an dem Polizeiinspektor Rüsenberg verloren, in dem Augenblick festgestellt werden, als sie versuchten, die Käfermauer zu überklettern. Die Durchsuchungen nach Waffen und Grundlosen Verhaftungen, die neuverordneten auch auf die Umgebung von Gleiwitz ausgedehnt werden, wollen kein Ende nehmen. Der Bevölkerung hat sich große Nervosität bemächtigt.

### Die Streitwahrung des Reichsverkehrsministers.

Einer Korrespondenzmeldung zufolge soll sich der Reichsverkehrsminister Groener an seiner förmlichen Warnung an die Eisenbahnbeamten veranlaßt gehabt haben durch eine offensichtlich von kommunistischer Seite ausgehende Hetze, die in den letzten Tagen planmäßig im ganzen Reich betrieben wurde. In gewissen Eisenbahnabteilungen seien unter den Beamten und Arbeitern Aufsichtsverordnungen nach Waffen und Grundlosen Verhaftungen, die neuverordneten auch auf die Umgebung von Gleiwitz ausgedehnt werden, wollen kein Ende nehmen. Der Bevölkerung hat sich große Nervosität bemächtigt.

### Das Beamtenstreikrecht.

Die Berliner Blätter melden aus Weimar: Im Thüringer Landtag antwortet auf eine kommunistische Anfrage über das Beamtenstreikrecht ein Vertreter der sozialistischen Landesregierung: Das Streikrecht könne nicht ohne weiteres aus der Reichsverfassung hergeleitet werden. Die Anerkennung des Streikrechts für die Beamten müsse folgerichtigweise für die Gemeinschaft das Recht zur jederzeitigen Löschung des Dienstverhältnisses nach sich ziehen. Gegen Entlassung sei der Beamte aber geschützt.

Abg. Höller (Komm.) behauptet, die Eröffnungspolitik der Regierung Wirth bringe die Massen zum Hungern. Die Folge der Erklärung Rothausen, in Cannes, daß die Regierung die Lebensmittelabschüsse abbauen will, war der Eisenbahnerkreis. Der Reichstag hat den Beamten das Streikrecht abgesprochen. Wenn sie aber ihre Sklavengesetze lassen, dürfen sie ihnen das Recht der Notwehr nicht rauben, am wenigsten durch die schamlose Mahnregelungspolitik. Man spricht davon, daß 50000 Eisenbahner entlassen werden sollen. Dagegen hört man nichts von einer Befreiung der Gewerbevereinigung. Hier sollte der eiserne Befreiung angezeigt werden.

Minister Dr. Hermes stellt fest, daß bereits 2 Millionen 205000 Tonnen Getreide abgeliefert sind. Das sei eine recht erhebliche Lieferung, und es werde mit Ausnahme weniger Gegenden gelingen, das gesamte Umlagefassol einzubringen. Es nehme Gelegenheit zu bestätigen, daß es sich um eine große Leistung der Landwirtschaft handelt. Er halte nach wie vor daran fest, daß die baldige Rückgabe der Bewegungsfreiheit an die Landwirtschaft erfolgen muß. Gegenwärtig könne aber diese Frage noch nicht endgültig entschieden werden. Der Streit Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft sei unfruchtbare. In der freien Wirtschaft sei in manchen landwirtschaftlichen Produkten eine erhebliche Preissteigerung erreicht worden. So lebt ich das Streben der Landwirtschaft nach freier Wirtschaft verstehe, mißbillige ich doch die über das Ziel hinausreichenden Ausführungen auf dem Reichslandbund. Besonders weise ich die Bekämpfung der Zwangswirtschaft, als „verfluchte Judenbande“, zurück.

Abg. Hirsch wirft der Regierung grenzenlose Weichfertigkeit vor. Er ist der Letzte, solche Vorwürfe erheben zu dürfen, da er mehr noch besondere Weichfertigkeit gezeigt hat. Bei den Maisscheinen sind bei den Kommunalverbänden tatsächlich vielfach Unregelmäßigkeiten vorgekommen, gegen die disziplinarisch und strafrechtlich vorgegangen wird.

Abg. Blum (S.) tritt zunächst ebenfalls für die Beleidigung der Zwangswirtschaft ein und führt dann fort: Minister Hermes ist zweifellos der beste Diplomat im Kabinett und niemand wird sagen können, daß seine volkswirtschaftlichen Maßnahmen von Mißerfolgen begleitet gewesen seien. Er hat sein Ziel konsequent verfolgt und großes erreicht. Mit der freien Wirtschaft würde aber weit mehr Getreide auf den Markt gebracht werden können. Als Stand wie als Bürger fühlen wir uns verpflichtet, das Neukerfe zu leisten, um die Nahrungsmittelnot zu beheben. Dazu müssen Sie uns aber die Wege durch Bekämpfung der Zwangswirtschaft ebnen.

Damit schließt die Beratung.

Die Vorlage geht an den Haupthausschluß.

Sodann werden die zurückgestellten Abstimmungen

zum Reichsmietensatz vor genommen. Die Vorlage wird im allgemeinen in der Fassung des Ausschusses angenommen. Mittwoch nachmittag 2 Uhr (Ausführungen, dritte Sitzung des Reichsmietengesetzes und des Mietsteuergesetzes, Staatsberatung). Schluß gegen 7 Uhr.

### Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages

beschäftigte sich gestern im Rahmen einer ausführlichen Besprechung des allgemeinen politischen Verhältnisses Rüklands zum Westen Europas auch mit der Frage des russischen Wiederaufbaus. Nachdem der Reichsminister Dr. Rathenau sich eingehend an dieser Frage geübt hatte, sprachen in der Debatte die Abgeordneten Graf Bernstorff (Dem.), Dr. Hösch (Dnl.), v. Abeleben (D. Vp.), Dr. Spahn (Bent.) und Dr. Berthold (Unabh.).

Es sprachen ferner noch über die russische Frage die Abgeordneten Dr. Lewy (Kom.), Müller-Franzen (Soz.), Dr. Hellekirk (Dnl.) und Ledebour (Unabh.). Der Sitzung wohnten zeitweise bei Reichsstaatsrat Dr. Wirth, Staatskanzler Bauer, Reichsminister des Innern Röster, Staatssekretär v. Daniel und Gesandter Ulrich-Rauter.

### Das Vermögenssteuergesetz.

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde gestern die 2. Fassung des Vermögenssteuergesetzes fortgesetzt und das Gesetz verabschiedet. Eine wesentliche Änderung erfuhr die Steuertafel. Der § 21 erhielt folgende Fassung: Die Vermögenssteuer beträgt jährlich von den ersten angefangenen oder vollen 250000 Mark des steuerpflichtigen Vermögens 1 v. T., für die nächsten angefangenen oder vollen 250000 Mark 1½ v. T., für die weiteren 250000 Mark 2 v. T., für weitere eine Million Mark 4 v. T., für weitere 2 Millionen Mark 5 v. T., für weitere 3 Millionen Mark 6 v. T., für weitere 5 Millionen Mark 8 v. T., für weitere 10 Millionen Mark 9 v. T., für die weiteren Beträge 10 v. T. Der Entschluß zur Vermögenssteuer wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses wie folgt festgesetzt: Der Zuschlag zur Vermögenssteuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 250000 Mark des steuerpflichtigen Vermögens 100 Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 250000 Mark 150 Prozent, für die weiteren Beträge 200 Prozent der Vermögenssteuer.

### Aus der französischen Kammer.

Aus Paris wird gemeldet: In der gestrigen Kammerfassung wurde die Debatte über den Budget-Titel für den Wiederaufbau, dessen Rückerratung Deutschland auffällt, fortgeführt. Abg. Barthélémy läßt aus: Frankreich habe den Friedensvertrag ernst genommen, als es ihn unterzeichnete. Es habe erwartet, daß es die versprochenen Reparationen erhalten werde. England dagegen habe vorausgesahnen, daß Deutschland sich seiner Verpflichtung zu bezahlen entziehen werde. Es habe deshalb im voraus die Handelsflotte und die Kolonien genommen. Frankreich habe ein Recht auf Reparationen, weil es keine Verantwortung für den Krieg habe. Der Redner befürchtet sodann die Wirtschaftslage Deutschlands, die er blühend nennt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte der Redner, daß die Bewohner der besetzten Gebiete die Boches (wörtlich) nicht bei sich leben wollten. Abg. Arouin wünschte Auskunft vom Präsidenten über die Liquidation der feuerroten deutschen Güter, sowie über die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenkt, um Deutschland zum Zahlen zu zwingen. Es sei keine andere Politik möglich. Politisch könne man sich damit begnügen machen, daß man die Loslösung der Überlande vom Deutschen Reich begünstige. Nach dem Bochentilstand seien die Rheinländer davon überzeugt gewesen, daß man ihr Land annehmen würde. Die Bewohner der Rheinlande seien preußischfeindlich. Daraus müsse man Augen ziehen. Redner spricht sodann über eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich. Die Weiterberatung des Budgets wird sodann auf Donnerstag vertagt.

### Ein amerikanisches Militärluftschiff vernichtet.

Aus Newport (Virginia) wird gemeldet: Das Militärluftschiff "Roma", das in Italien angelangt ist und erst einige Wochen in Gebrauch war, ist beim Ueberqueren des sog. Hampton Roads-Kanals explodiert. Es fuhr über eine Million Kubikfuß Gas. Die "Roma" ging in Flammen gehüllt in der Nähe des Flottenstützpunktes Norfolk nieder. Bis jetzt wurden 4 Überlebende mit schweren Brandwunden geborgen.

Das Marindepartement in Washington hat das Unglück der "Roma" durch folgendes Telegramm der Marinebehörde von Norfolk erfahren: Das Militärluftschiff "Roma" ist in Brand geraten und in der Nähe des Flottenstüt-

punktes Norfolk vorliege Nacht 2/10 Uhr zur Erde gekommen. Von 60 Personen, die sich an Bord befanden, sollen 35 tot sein. Offiziell wird mitgeteilt, daß von der "Roma" nur 10 Überlebende geborgen sind.

Im Kriegsdepartement in Washington wird erklärt, daß die "Roma" eine Probefahrt unternommen habe, um amerikanische Motoren zu prüfen, die anstelle der italienischen eingebaut worden waren.

### Vermisstes.

Zu dem Fall des Herrn v. Röhne auf Mittwoch vor dem Schwielowsee wird weiter mitgeteilt, daß am Dienstag ein Haftbefehl gegen den Hauptmann v. Röhne noch nicht ergangen war. Es scheint, als ob die inhaftierenden Stellen in Potsdam die Aufsicht verloren haben. Hauptmann v. Röhne den Schuh in der Notwehr abgetragen hat. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß Röhne dem Ritter nicht allein gegenüberstand, sondern daß sich in seiner Begleitung der zuständige Förster und sein Kutscher befand. Der Bergang des Tals wird so folgt geschafft: Herr v. Röhne wollte von Bebow nach Glindow fahren. Auf der Chaussee von Kleinow bemerkte er zwei freie Männer aus dem Rosenthaler Forst herausstreifen. Sofort wendete v. Röhne sein Fuhrwerk, um den austürmenden Förster zu benachrichtigen. Er traf den Beamten schon unterwegs: „Sie haben Liebe in Ihrem Forst, ich lädt Sie zu der Stelle hin.“ Er lud den Förster ein, in seinem Wagen Platz zu nehmen. An einer Walmöde stieg das Fuhrwerk auf den 61 Jahre alten Arbeiter Ritter, der eine Säge umgehängt hatte. Der Förster verlangte die Säge. Als Ritter die Säge abnahm, kam es zu einem Rauferei, wobei der Förster und Ritter zu Fall kamen. Sofort sprang v. Röhne hinzu und rief: „Könne hoch oder ich schreie!“ Im gleichen Moment rutschte auch schon ein Schuh. Als Ritter stehen blieb, rief v. Röhne: „Der habe ich wohl nicht gut getrocknet.“ Erst als der Arbeiter wankte, senkte v. Röhne die Schuhwaffe. Der Grottoß schwieg sich noch 300 Meter bis nach Glindow und brach dann blutüberströmt zusammen. Ein Lüttelschäfer lud ihn auf seinen Wagen und brachte ihn in das Glindower Krankenhaus. — Diese Tat, die Herr v. Röhne aus dem Arbeiter Ritter aus Glindow verübt hat, führt, wie verschiedene Blätter berichten, die Erinnerung auf ein geheimnisvolles, ungewöhnliches Verbrechen zurück. Am 2. Mai 1921 gegen 6 Uhr abends begab sich der lebensfrische 17-jährige Sohn Otto des Obstfachlers Pelle aus dem Elternhaus in Geltow auf den Weg nach Bebow. Die Eltern vermuteten, er wolle Liebhaber suchen und dabei das von Röhne an dem Vater verdeckte Grundstück betreten. Der Sohn kehrte dann nicht zurück. Am 30. Juli ließ Herr v. Röhne dem Pelle bestimmen, in der Heide sei von dem Gutsbesitzer eine Beute gefunden worden mit grauer Hose, braunem Jackett und Schirmmütze, vielleicht sei das sein Sohn. Der bestürzte Vater begab sich zu v. Röhne, der versicherte, erst jetzt von dem Verschwinden des Jungen gehört zu haben. Herr v. Röhne machte dem Vater klar, daß sich sein Sohn das Leben genommen habe, denn der Revolver liege noch dabei. Der Vater wies diese Ansicht zurück. Beleidigt von Herrn v. Röhne fuhr er mit seinem zweiten Sohne Walter an die Stelle, wo man den Toten aufgefunden hatte. In den Tannen etwa 10 Minuten vom Schlosse Bebow und 2 Minuten vom Försterhaus ab lag ein Skelett. Auf dem Getyppe hingen die Kleider, ein lachter Schädel lag zwischen der Peite auf der rechten Schulterseite. Daneben die Peite einer Mütze und ein Revolver. Der Vater wandte sich am anderen Tage, geplagt von allerlei Vermutungen, an den Landrägermeister Gießel, dem er seinen Verdacht ausbrach, daß der verschwundene das Opfer eines Verbrechens geworden sei. Der Landrägermeister erklärte, daß er die Sache in die Hand nehme und um 1/10 Uhr auf dem Rittergute Bebow sein werde. Unterwegs traf der Beamte, der von zwei Oberlandägern begleitet war, den Gutsbesitzer, der in Abrede stellte, querst den Toten gehangen zu haben. Gefundene habe ihn eine Frau flüngt. Er habe das nur seinem Herrn gemeldet und die Antwort erhalten: „Lassen Sie ihn doch liegen, der hindert Sie nicht!“ v. Röhne war gegen die Verarbeitung nicht auf seinem Besitztum, sondern bereits an der Fundstelle. Der Landrägermeister gab sofort sein Urteil dahin ab: „Ihr Sohn ist hier nicht gestorben, wo er liegt, der ist erst hierher gebracht worden.“ Man hob dann den Revolver auf — brachte ihn — er war gelöscht. Aus der Trommel fehlten vier Kugeln, eine gesetzte Patrone lag darin, der Sicherungsstift mußte erst beim Schmid aus dem Laufe gesogen werden! Hauptmann v. Röhne, der dabei sein mußte, versuchte klar zu machen, daß der Stift nur ein wenig darin stecke. Am 1. August erschien eine Gerichtskommission mit einem Fotografen. Der Arzt konnte die Todesursache nicht mehr feststellen, da seine Fleischteile nicht vorhanden waren. Der Schädel war unterlegt. Das Trümmerstück auf der Brustseite ebenfalls! Am nächsten Tage suchte der

Vater abermals die Stelle auf und fand im Raum eine deformierte Augel, die nicht zum Kaliber des Revolvers paßte. — Nach einiger Zeit gab die Staatsanwaltschaft bekannt, daß die Ermittlungen zu einer Entdeckung des Täters nicht geführt hätten. Der Verdacht gegen den Rittergutsbesitzer v. Röhne, Vater und Sohn, habe keine ausreichende Bestätigung gefunden. — Der B. I. am Mittag zufolge hat die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Potsdam gegen den Rittergutsbesitzer von Röhne, der beschuldigt wird, den Arbeiter Ritter erschlagen zu haben, eine Voruntersuchung wegen versuchten Totschlags eröffnet. Geltow vermittelte prüfte der Landrat des Kreises Saatzig in Werder bei dem Magistrat in dieser Angelegenheit die Waffen- und Jagdscheine. — Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Nachdem im Anschluß an die Bluttat des Herrn von Röhne eine Waffenbeschagnahme bei dem Besitzer des Schlosses Bebow stattgefunden hat, hat der Regierungspräsident von Potsdam einen Landjäger beauftragt, beim Gutsbesitzer der Familie von Röhne, dem Hauptmann a. D. Hellwig, eine Durchsuchung nach Dienstwaffen vorzunehmen.

Der 100000. Einwohner von Buer, durch den die Stadt zur Großstadt wurde, ist das 11. Kind eines Bergmanns, ein Mädchen. Als Wiegengeschenk erhält das Kind von der Stadt ein Sparbüchlein über 5000 Mark.

Gefangenistrafe für eine Tatenhausdiebin. Umlangreiche Tatenhausdiebstähle lagen einer Anklage zugrunde, die die Frau Stadtrat Friede Bock, die Frau Eva Sachs, die Arbeiterin Walli Altröge und die Frau Frieda Bachols vor das Schöffengericht Berlin-Schöneberg führten. Die Angeklagte Bock, deren Chemnitz befehlender Stadtrat im 3. Berliner Bezirk (Wedding) ist, war als Auszubildende in dem Warenhaus von Lindemann u. Co. mit 50 Mark täglichen Gehalt angestellt. Nach ihrem eigenen Geständnis hat sie, da die anderen Angestellten sich auch „stauten“, in mehreren Hallen Damenkledingställe und anderes Waren gestohlen. Die bei ihr beschlagnahmten Gegenstände hatten einen Wert von etwa 20000 Mark. Mit Ausnahme der Angeklagten Bachols, die wegen Fehler angeklagt war, hatten auch die Angeklagten in gleicher Weise Täuschung verübt. — Das Gericht hat den Verteidiger für die Angeklagte Bachols um Anwendung des neuen Gesetzes vom 21. Dezember 1921, nach dem Geldstrafen zulässig seien, wenn der Strafzweck damit erfüllt werde. Das Gericht gab diesem Antrag auch statt und verurteilte die Bachols nur zu 1000 Mark Gefängnis. Dagegen wurden die Frau Stadtrat Bock zu fünf Wochen Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, die Frau Sachs zu vier Monaten und die Angeklagte Altröge zu fünf Wochen und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Revision des Architekten Gruppen verworfen. Dem „Volksanzeiger“ zufolge verwarf der Strafsenat des Reichsgerichts die von den Verteidigern des Architekten Gruppen gegen das Todesurteil des Fürscherger Schöffengerichts eingelegte Revision und bestätigte somit das Todesurteil.

Die ersten irischen Briefmarken. Die ersten nationalen Briefmarken des irischen Freistaates werden nach den Mitteilungen des irischen Generalpostmeisters zunächst ausgegeben. Man beginnt sich zunächst vorübergehend damit, die englischen Briefmarken mit einem Überdruck zu versehen, der in gälischen Buchstaben die Schrift zeigt „Rialtas Sealadach Na Ceireann 1922“ (vorläufige Regierung von Irland 1922). Für die Bezeichnungen der eindrücklichen Briefmarke ist ein Briefausstecher erfunden, und jedem, dessen Entwurf angenommen wird, werden 25 Pfund ausgeschüttet. Grundbedingung ist, daß alle Inschriften in gälischen Buchstaben gehalten sind. Die irischen Briefmarken werden nur in dem Gebiet gelten, das den Freistaat Irland umschließt. Für ihre bedingte Geltung in England sind solchen dem britischen und dem irischen Generalpostmeister Abmachungen getroffen.

In welcher Himmelsrichtung schläft man am besten? Der bekannte französische Arzt Dr. Cabanes beschäftigt sich in der „Chronique Médicale“ mit der Frage, ob man besser in der Richtung Nordost und Südost schläft. Nach einer alten Überlieferung, die bereits bei den alten Griechen herrschte, die Richtung Nordost allen anderen vorzuziehen. Von Norden nach Süden geht auch die Richtung der großen magnetischen Strömungen der Erde. Aber davon konnte das Volk Irland noch nichts wissen. Im Jahre 1845 hat Kleinenbach eine Abhandlung veröffentlicht, in der er hervorhebt, er habe Krankheiten bei Personen festgestellt, die in der Richtung von Osten nach Westen schlafen. Die beste Lage beim Schlafen sei in der Richtung von Norden nach Süden, mit dem Kopf nach Norden. Doch haben weitere Beobachtungen keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Nordostrichtung beim Schlafen besonders gesund sei. Festzuhalten scheint nur, daß der Schlaf mancher Leute in einer Himmelsrichtung besser als in der andern ist.

„Halt, halt!“ rief er, ihnen nachstürzend und gewann die Schwelle, wo er sich ihnen entgegenstellte. „Hört mich noch einmal! Seht nicht in Euer Verderben. Kein Mensch, kein Gericht der Welt gibt Euch Recht, wenn Ihr Gewalt ausübtet. Ich schwör Euch, laßt Euch in Geduld. Ihr leidet ja nicht allein. Es hat ja jeder das Seine zu ertragen.“

„Besonders so ein Gutsbesitzersohn, was der wohl zu ertragen hat!“ rief eine höhrende Stimme wiederum von der Tür der Wohnstube aus. Diesmal war es die unterlegte Gestalt Thiele, die da auftauchte. Gleichzeitig mit ihm erschien aber auch Georg Baumann dort, atemlos, den Hut noch in der Hand, das Haar verwirrt in der Stirn, vom raschen Lauf, und während Thiele gehässig fortfuhr: „Gest vorrechnet doch mal mit dem, oder laßt Euch sagen, was er Euch schon gesollten hat!“ — hatte Georg, ohne auf Udo einen Blick zu werfen, seinen Vater ergriffen und drängte sich hastig zu ihm durch.

„Ich bitte Dich, Vater, um Gotteswillen, komm nach Hause!“ sprach er halblaut im fliehenden Tone. Er flüsterte ihm noch etwas zu mit angstvollem Blick, was niemand des Umstehenden verstand.

„Was er doch kommen!“ entgegnete Baumann trocken, indem die Menge, ungewiß zwischen den beiden Türen hin und herblickend, weit mehr darauf bedacht schien, an dem Jungen, gnädigen Herren vorbeizukommen, als dem Hegen Thiele Folge zu leisten. „Ich kann Euch den Platz nicht zusprechen,“ sprach Udo, wiewohl er sich nur noch den nächsten verständlich machen konnte in dem allgemeinen Raum. „Gest geltet Euer Unglück nicht durch Eure Schuld.“

Seine Erziehung, bleich, vornehm, wehrlos, wirkte noch immer. Indes schob sich der bereits Paul Krüger, die Hand in der Tasche am aufgelockerten Kragen, langsam zu ihm hin. Nun sah er schon den Moment kommen, wo er, der Sohn seines leidenden Kameraden, dies Messer würde gegen sie ziehen müssen. Ja, Schätzchen, Du siegst den Mann von Udo und Thiele ist mundlos!

### Harte Köpfe.

Roman von Maria Gerbrandt.

„Wie wird Euch sein, wenn Ihr so viel Schlimmes auf dem Gewissen habt?“ Es gibt ein Sprichwort, das heißt: Man soll den Teufel nicht an die Wand malen,“ erklagte Baumanns ruhige Stimme. Er bahnte sich einen Weg durch die dichten Gruppen, die ihn von Udo trennten, und blieb wenige Schritte vor ihm stehen. Sein ernstes Gesicht witterte leicht von kaum verhülltem Zorn. „Sie rühen da an Dinge, an die vielleicht noch niemand gedacht hat. Ist es etwa das Gewissen, das die Herzlosen auf solche Bestechungen bringt, oder hält man bei Ihnen Gewalt und Totschlag für das einzige Mittel, mit denen hier zu verbrechen?“

Udo hatte an seinen Fingern, die noch immer die Rechte Singerski umspannt hielten, längst etwas wie Eisen gefühlt. Er zog jetzt die widerstreitende Hand empor, um Baumann den Schlagring zu zeigen, der darauf gestreift war. „Was ist das?“ sprach er, „und jener da hat seinen Knüttel, mit dem ich ihn draußen sah, nur hinter die Tür gestellt. — Und Ihr?“ Er schaute im Kreise umher. „Wehr oder weniger habt Ihr Eins alle so vorgeschenkt, nicht wahr? Ohne, pfui!“

Er ließ die Rechte Singerski fest. Dieser war einen so hohlumelnden Blick auf ihn, daß Paul Krüger sich vor seinem Schemel, auf dem er aus Kloßfleisch geknüllt war, erhob und langsam näher kam. Eine solche Beteiligung an dem Unternehmen des heutigen Abends hatte er sich vor einer halben Stunde auch noch nicht ausgemalt. No, nun mußte er schon das „besondere Element“ markieren, das dieser junge Krieger ganz richtig in ihm gewittert.

Seine Kameraden durften man deshalb ja doch nicht gleich im Stich lassen. Über momentan begann die Sache des Unverständigen schlecht zu stehen. Das war unverkennbar. Man murkte gegen ihn. In den entfernteren Ecken erschollen Flüche. Baumann rief hingerissen: „Spaen Sie Ihr „Pfui“ für andere Handlungen auf. Wenn ein Haufe Menschen, die Herzlosigkeit und Übermut zur Verzweiflung getrieben, die Waffen ergreift, so kommt man nicht mit einem vornehmen „Pfui“ darüber hinweg. Ihnen muss sich ein Aal in der

Sorge um Ihr teures Wohl natürlich sündhaft erscheinen, aber vor Gottes Antlitz liegt er vielleicht nicht schwerer als die Freuden, die gewisse Herrschaften sich nehmen.“

„Blutvergießen bleibt immer Blutvergießen,“ sagte Udo müde, denn der Gedanke, daß Agnes' Vater vor ihm stehe, raubte ihm die innere Haltung, die er bisher bewahrt. Er blieb traurig in das leidenschaftlich bewegte Antlitz seines Gegners. — „Ich weiß nicht, warum Sie mich, seit ich beimgelebt bin, mit Ihrem Haß verfolgen, Herr Baumann,“ sprach er, indem die übrigen Anwesenden untereinander in laute Gespräche, Beratschlagungen und Klagen auszubrechen begannen und die Ausmerksamkeit für sich einen Moment von ihm abwandte. Ich habe nie etwas anderes für Sie und Ihre Familie gehabt.“

„Und vielleicht auch bewiesen?“ „So gut ich konnte, wenigstens. Dab ich es nicht mehr konnte —“ er brach ab und starnte in die Luft. Der Jammer der letzten durchlebten Stunde kam plötzlich über ihn. Und so erlangt ihm das Losen und Scheren um ihn her, das selten erschaffenden Sinnes überlaufen und mächtig dunkle, wie der ehrne Gang des Schiffsaltaktes, das erbarmungslos rollt auch über die heftesten Wünsche — über zuckende, drohende Herzen —

„Über in der Brust seines Feindes, als dieser vor ihm stand und sein Antlitz so geisterhaft sich entfärben sah, das Antlitz, das sich wohl einst guträumlich an seinen Arm geschniegt, dessen dunkle Andeutungen eins — wie oft — ihm Gesicht oder jene Erlaubnis abgeschneide — ging eine Veränderung vor. Ein seltsames, würdevolles Gefühl stieg Baumann in die Knie. Ah, es vergaß sich doch nicht so leicht, daß dieser junge Mann als Anhabe außerdem aus dem Schiffe des Überflusses in das befeindete Heim seines Untergewesenen geschildert und hier so harmlos glücklich gewesen war! — Mit einem dunklen, verschleierten Blick auf Udo trat der ehemalige Wettbewerber zurück.“

„Ich will mit Ihnen nicht reden,“ sagte er erstickt. „Ihr Familie ist es, die man anzeigt, und die sein Regen vom Himmel einwirkt — auch Sie nicht! — Warum fanden Sie hier?“

„Was sollte ich anders?“ fragte Udo. Er strich das Haar

aus der feuchten Stief. Gange Gruppen der Anwesenden drängten bereits unter heiligem Reden und Gestülzern zur Tür. Mit einer übermenschlichen Anstrengung fast riss sie es sich noch einmal auf.

„Halt, halt!“ rief er, ihnen nachstürzend und gewann die Schwelle, wo er sich ihnen entgegenstellte. „Hört mich noch einmal! Seht nicht in Euer Verderben. Kein Mensch, kein Gericht der Welt gibt Euch Recht, wenn Ihr Gewalt ausübtet. Ich schwör Euch, laßt Euch in Geduld. Ihr leidet ja nicht allein. Es hat ja jeder das Seine zu ertragen.“

„Besonders so ein Gutsbesitzersohn, was der wohl zu ertragen hat!“ rief eine höhrende Stimme wiederum von der Tür der Wohnstube aus. Diesmal war es die unterlegte Gestalt Thiele, die da auftauchte. Gleichzeitig mit ihm erschien aber auch Georg Baumann dort, atemlos, den Hut noch in der Hand, das Haar verwirrt in der Stirn, vom raschen Lauf, und während Thiele gehässig fortfuhr: „Gest vorrechnet doch mal mit dem, oder laßt Euch sagen, was er Euch schon gesollten hat!“ — hatte Georg, ohne auf Udo einen Blick zu werfen, seinen Vater ergriffen und drängte sich hastig zu ihm durch.

„Ich bitte Dich, Vater, um Gotteswillen, komm nach Hause!“ sprach er halblaut im fliehenden Tone. Er flüsterte ihm noch etwas zu mit angstvollem Blick, was niemand des Umst